

Materialien

für die 1. Tagung
des 10. Stadtparteitages

Heft 1

- Ordnungen -
- Anträge -
- Kandidaturen -

am 4. Oktober 2026
im Kupfersaal Leipzig
Kupfergasse 2

Inhaltsverzeichnis

2	Inhalt und Impressum
3	Tagesordnung und Zeitplan
4	Vorschlag Geschäftsordnung
7	Vorschlag Wahlordnung
10	Anträge
10	A1: Kürzen bei den Reichen, statt Sozialstaat streichen. Sozialproteste stärken!
11	A2: Capa-Wäldchen retten - gegen Hinterzimmerdeals mit RB
13	A3: Für eine soziale und demokratische Sportpolitik - Nein zu Olympia.
16	A4: Transparenz und Gehaltsdeckel in der Leipziger Linken
17	A5: Eine neue Küche für das Liebkecht-Haus - ein Gewinn für die Küche für alle
19	A6: Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken
23	A7: Wollen wir es schnell erreichen, brauchen wir noch dich und dich - Außerparlamentarische Bündnisarbeit stärken.
25	A8: Leipzig wird Tarifstadt
26	A9: Die Linke als „organisierende Klassenpartei“ in der Arbeiter*innenklasse verwurzeln
29	A10: 30 Stellen für bezahlbares Wohnen und Unterstützung von Mieter*innen
31	A11: Keine Finanzierung von Tierleid durch Parteigelder
32	A12: Keine Profite mit Blut und Tod - Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig
35	A13: Bekenntnis der Linken Leipzig zur feministischen Erneuerung
38	A14: Aufwandsentschädigung für die*den Vorsitzende*n
39	S01: Anzeigen von Abhängigkeitsverhältnissen
40	S02: Anzeigen von Ämtern und Mandaten
41	Kandidierenden Vorstellung
50	Impressum

Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan

1. Eröffnung und Begrüßung	9:30 Uhr
2. Konstituierung der 1. Tagung des 10. Stadtparteitages	9:35 Uhr
3. evtl. Grußworte	9:45 Uhr
4. Debatte	10:00 Uhr
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission	10:45 Uhr
6. Diskussion und Abstimmung über satzungsrelevante Anträge	10:50 Uhr
7. Rede der Vorsitzenden	11:00 Uhr
8. Präsentation Jahresabschluss 2025	11:15 Uhr
9. Einbringung und Beschluss des Finanzplans 2027	11:20 Uhr
10. Entlastung des Stadtvorstands	11:30 Uhr
11. Vorstellung und Wahlen zum Stadtvorstand	11:35 Uhr
12. Vorstellung und Wahl der Vertreter:innen zum Landesrat	11:35 Uhr
13. Vorstellung und Wahlen zur Finanzrevisionskommission	11:35 Uhr
 Pause	 12:30 Uhr
 14. Anträge, 1. Präsentation OBM-Wahlprogramm (Entwurf)	 14:00 Uhr
15. ggf. Fortführung der Debatte	15:30 Uhr
16. evtl. Workshopphase o.Ä.	16:00 Uhr
17. Schlusswort	16:30 Uhr

4 G. Geschäftsordnung

1 Geschäftsordnung

1. Der Stadtparteitag

Der Stadtparteitag ist die Gesamtmitgliederversammlung, die sich aus allen im Stadtverband Leipzig organisierten Parteimitgliedern der Partei Die Linke zusammensetzt.

2. Gültigkeit der Geschäftsordnung

Diese Geschäftsordnung gilt für alle Tagungen des 10. Stadtparteitages von Die Linke Leipzig. Bis eine neue Geschäftsordnung beschlossen wird, gilt sie auch für die folgenden Stadtparteitage.

3. Die Tagungsleitung

Der Stadtparteitag wählt zu Beginn des Parteitages für alle Tagungen in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit eine Tagungsleitung. Sie besteht aus mindestens sechs und maximal zehn stimmberechtigten Mitgliedern und ist quotiert zu wählen. Sie ist für die Einhaltung der Geschäftsordnung verantwortlich und bestimmt aus ihrer Mitte die Versammlungsleiter*innen. Mindestens zur Hälfte der Zeit wird der Parteitag von einer Genossin geleitet.

4. Hausrecht und Hygieneregeln

(1) Die Tagungsleitung übt während der Versammlung das Hausrecht aus.

(2) Im Verlauf der Versammlung sind - sofern diese notwendig sind - durch die Teilnehmenden die Hygieneregeln zum Schutz (z.B. vor der Ausbreitung des Coronavirus) zu beachten. Teilnehmende, die sich nicht an die Hygieneregeln halten (bspw. Missachtung der Pflicht zum Tragen eines Mundschutzes) können nach einmaliger Ermahnung auf Vorschlag der Tagungsleitung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten von der Tagung ausgeschlossen werden.

5. Kommissionen

Die Mandatsprüfungs-, Antrags- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt.

6. Mandatsprüfungskommission

(1) Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Gültigkeit von Mitgliedschaften. Die Mandatsprüfungskommission prüft die Anwesenheit und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

(2) Die Mandatsprüfungskommission berichtet über die Beschlussfähigkeit des Parteitages. Basis für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmeldelisten der Mandatsprüfungskommission.

(3) Der Stadtparteitag ist unabhängig von der Zahl der Anwesenden beschlussfähig.

36 7. Die Wahlkommission

37 Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem
38 Stellvertreter*in sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen
39 Wahldurchführung kann sie Helfer*innen, die selbst nicht zur Wahl stehen,
40 heranziehen. Mitglieder der Wahlkommission, die selbst kandidieren, scheiden aus der
41 Wahlkommission aus. Wird in diesem Fall die Mindestzahl von sieben Mitgliedern der
42 Wahlkommission unterschritten, ist umgehend durch den Stadtparteitag
43 nachzuwählen.

44 8. Die Antragskommission

45 Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig
46 und schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.

47 9. Tagesordnung und Zeitplan

48 Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem
49 Zeitplan geregelt, die zu Beginn jeder Tagung beschlossen werden. Eine Veränderung
50 der Tagesordnung und des Zeitplanes während der Tagung bedarf der Zustimmung
51 von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten. Einen Antrag auf Abschluss der Debatte
52 können nur Stimmberechtigte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht
53 gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die Redner*innenliste bekannt
54 gegeben.

55 10. Beschluss- und Rederecht

56 Beschluss- und Rederecht haben alle Mitglieder der Partei Die Linke, die im
57 Stadtverband Leipzig organisiert sind. Teilnehmende Mitglieder der Gruppe/Fraktion
58 Die Linke im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag, im Leipziger Stadtrat
59 sowie Mitglieder des Bundes- und Landesvorstands haben Rederecht.

60 11. Redeliste und Redezeit

61 (1) Die Tagungsleitung erteilt das Wort in der Reihenfolge der schriftlich
62 einzureichenden Wortmeldungen und unter Berücksichtigung der Quotierung. Sie kann
63 auch Gästen das Wort erteilen.

64 (2) Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt drei Minuten. Wird eine
65 Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit
66 einfacher Mehrheit. Innerhalb einer Debatte kann niemand mehr als zweimal das Wort
67 erhalten.

68 (3) Die Redezeit für Vorstellungsreden von Kandidierenden beträgt zwei Minuten. Im
69 Anschluss an die Vorstellung aller Kandidierenden für ein Amt können drei Fragen an
70 alle oder einzelne Kandidierende gestellt werden. Aus Gründen der Chancengleichheit
71 sollen diese explizit keine direkten oder indirekten Fürreden sein. Die Redezeit hierfür
72 beträgt eine halbe Minute, die Redezeit für Antworten beträgt eine Minute pro
73 Kandidat*in. Der Stadtparteitag kann mit einfacher Mehrheit abweichende Regelungen
74 für die Vorstellung von Kandidierenden beschließen.

75 (4) Nach Reden (außer Vorstellungsreden), Berichten und Diskussionsbeiträgen können
76 bis zu drei Nachfragen zu je einer Minute gestellt werden. Jede Nachfrage darf mit
77 einer Redezeit von zwei Minuten beantwortet werden.

6 G. Geschäftsordnung

78 12. Dringlichkeits- und Initiativanträge

79 Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag
80 eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand sich erst
81 nach dem beschlossenen Antragsschluss des Stadtparteitages ergeben hat. Die
82 Dringlichkeit ist zu begründen. Initiativanträge sind Anträge, die sich unmittelbar aus
83 dem Verlauf des Stadtparteitages ergeben. Sie bedürfen der schriftlichen
84 Unterstützung von 30 Stimmberechtigten. Zur Begründung des Antrages erhalten die
85 Antragsteller*innen das Wort. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung
86 über einen Antrag kann ein*e Redner*in dagegen und eine*r dafür sprechen. Die
87 Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der Stadtparteitag mit
88 einfacher Mehrheit. Stimmberechtigte können nach einer Abstimmung oder einer Wahl
89 persönliche Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei
90 Anträgen auf eine begrenzte Debatte sind Inhalt und Zeitumfang vorzuschlagen.

91 13. Anträge zur Geschäftsordnung

92 Anträge zur Geschäftsordnung können durch Stimmberechtigte mündlich gestellt
93 werden. Das Wort dazu wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner*innen
94 erteilt. Vor der Abstimmung besteht die Möglichkeit zunächst einer Gegen- und
95 anschließend einer Fürrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst nach
96 Abschluss der Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

97 14. Beschlüsse

98 Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der
99 anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als
100 abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt durch das Heben der Abstimmungskarte.

101 15. Ergebnisprotokoll

102 Das Ergebnisprotokoll des Stadtparteitages ist den Mitgliedern des Stadtverbandes in
103 geeigneter Weise zugänglich zu machen.

1 Wahlordnung

2 Grundsätze:

- 3 1. Diese Wahlordnung gilt für alle Tagungen des 10. Stadtparteitages von Die Linke
4 Leipzig. Bis eine neue Wahlordnung beschlossen wird, gilt sie auch für die folgenden
5 Stadtparteitage.
- 6 2. Es gelten ferner die Bestimmungen der Satzungen auf Bundes-, Landes- und
7 Kreisebene sowie die Wahlordnung der Partei Die Linke („Bundeswahlordnung“).
8 Diese Wahlordnung dient insbesondere der Festlegung der genauen Form des
9 Wahlablaufs und der nach Bundeswahlordnung zulässigen Definition oder Änderung
10 von Bestimmungen nach §2 Abs. 3 Bundeswahlordnung.
- 11 3. Der Stadtparteitag wählt:
 - 12 • den Stadtvorstand (in Einzelwahl den/die Vorsitzende(n) des Stadtverbandes
13 oder zwei gleichberechtigte Vorsitzende, zwei gleichberechtigte
14 stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes, den/die Schatzmeister*in
15 des Stadtverbandes, zwei jugendpolitische Sprecher*innen; in Gruppenwahl 5
16 bis 9 weitere Mitglieder des Stadtvorstandes),
 - 17 • die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundes- und Landesparteitag,
18 sofern keine anderen, höherrangigen Regelungen vorliegen.
 - 19 • die Vertreter*innen im Landesrat von Die Linke Sachsen
 - 20 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission.
- 21 4. Der Stadtparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit in geheimer Abstimmung über
22 einen Wechsel einer/ eines Vorsitzenden auf zwei gleichberechtigte Vorsitzende
23 entscheiden. Dies erfolgt gemäß Satzung des Stadtverbandes Abschnitt „II. Der
24 Stadtparteitag“, „§ 11 Wahlen“, Absatz 2.
- 25 5. Das aktive Wahlrecht bei diesen Wahlen können die stimmberechtigten Mitglieder von
26 Die Linke Leipzig nach Satzung und Geschäftsordnung ausüben.
- 27 6. Das passive Wahlrecht bei diesen Wahlen können die Mitglieder von Die Linke nach
28 Satzung und Geschäftsordnung ausüben.

29 Wahlkommission

- 30 7. Die Versammlung bestimmt in offener Abstimmung eine Wahlkommission und deren
31 Leitung.

32 Kandidaturen

- 33 8. Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben.
- 34 9. Kandidaturen in Abwesenheit sind möglich, sofern der Wahlkommission eine
35 schriftliche Erklärung der Kandidierenden vorliegt. Elektronische Übermittlung ist
36 ausreichend.

8 W. Wahlordnung

37 10. Die Aufstellung der Kandidierendenlisten wird von der Tagungsleitung vorgenommen.
38 Über den Abschluss von Kandidierendenlisten entscheidet auf Vorschlag der
39 Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher Mehrheit. Eine bereits geschlossene
40 Kandidierendenliste kann nur auf Antrag eines stimmberechtigten Mitglieds mit einer
41 Mehrheit von mehr als 2/3 der Abstimmenden wieder geöffnet werden.

42 11. Es können ausschließlich Fragen an die Kandidat*innen gestellt werden. Näheres
43 regelt die Geschäftsordnung (siehe § 11 Abs. 3).

44 12. Die Wahl wird von der Wahlkommission geleitet. Über die Wahl ist ein schriftliches
45 Protokoll anzufertigen, das von der/dem/den Wahlleiter*innen und mindestens zwei
46 weiteren Mitgliedern der Wahlkommission zu unterzeichnen ist.

47 13. Mitglieder der Wahlkommission dürfen sich nicht selbst zur Wahl stellen.

48 Wahl, Wahlgang und Wahlakt

49 14. Die Wahl eines Gremiums oder Organs oder sonstiger Einrichtung heißt Wahl.

50 15. Der Vorgang, a) mehrere unterschiedliche Parteiämter oder Mandate zu besetzen
51 oder b) gleiche Parteiämter und Mandate zur Sicherstellung der Mindestquotierung
52 nach §6 Bundeswahlordnung (bzw. weiteren Quotierungen) getrennt von den
53 weiteren Parteiämtern oder Mandaten zu wählen (Teilung einer Wahl in mehrere
54 Wahlgänge), heißt Trennung von Wahlgängen.

55 16. Die Durchführung eines Wahlganges oder der gleichzeitigen (parallelen)
56 Durchführung mehrerer Wahlgänge heißt Wahlakt.

57 17. Mehrere Wahlgänge können – und sollen, so weit möglich – in einem Wahlakt
58 zusammengeführt werden.

59 18. Die Teilung einer Wahl in mehrere Wahlgänge zur Berücksichtigung von Quoten
60 entfällt dann, wenn nicht mehr Personen zur Wahl vorgeschlagen sind, die nach
61 dieser Quote maximal gewählt werden könnten.

62 19. Geteilte Wahlen in Form verschiedener Wahlgänge finden dann parallel in einem
63 Wahlakt statt, wenn a) nicht mehr Personen zur Wahl vorgeschlagen sind, als nach
64 Vorgabe dieser Quote mindestens gewählt werden sollen oder b) alle Bewerber*innen
65 zur Sicherung der jeweiligen Quotierung vorab auf eine Teilnahme an einem zweiten
66 Wahlgang verzichten.

67 Ersatzdelegierte und weitere Ersatzpersonen

68 20. Ersatzpersonen werden nicht extra gewählt. Ersatzpersonen sind nach den
69 Bestimmungen dieser Wahlordnung (einschließlich der Regelungen zur
70 Stimmengleichheit) diejenigen Kandidierenden, die ursprünglich nicht gewählt
71 worden sind, aber das Quorum erreicht haben.

72 21. Bei Delegierten vertreten die Ersatzpersonen die ursprünglich gewählten Delegierten
73 für die Dauer deren Abwesenheit, die gegenüber dem Organ oder Gremium, für das
74 die Delegierten gewählt worden sind, erklärt werden muss.

75 Quoten und Quoren

76 22. Das Mindestquorum beträgt fünf Stimmen.

77 23. Bei einer Wahl mit Nein-Stimmen ist nur gewählt, wer mehr Ja- als Nein-Stimmen auf
78 sich vereint.

79 24. Bleiben nach einem Wahlgang Plätze unbesetzt, weil sich nicht genug Kandidat*innen
80 gefunden haben oder diese nicht gewählt worden sind, kann die Tagung mit
81 einfacher Mehrheit der Abstimmenden den Wahlgang maximal ein weiteres Mal
82 durchführen. Dabei sind alle Bewerbungen im Rahmen dieser Wahlordnung möglich.

83 25. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder
84 umfasst. Für die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine
85 Jugendquote von 20 %. Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27.
86 Lebensjahr am Tag der Versammlung noch nicht vollendet haben. Innerhalb dieser
87 Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.

88 Stimmabgabe und Wahlzettel

89 26. Kandidieren in einem Wahlgang nur so viele oder weniger Personen, wie Plätze zu
90 vergeben sind, haben die Wahlberechtigten auf den Wahlzetteln die Möglichkeit, mit
91 „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen. Fehlt bei einzelnen Kandidierenden eine Kennzeichnung,
92 ist dies eine Enthaltung. Ist ein Wahlzettel gänzlich nicht gekennzeichnet, ist dies
93 gleichfalls eine Enthaltung und kommt einer Enthaltung bei allen auf dem Wahlzettel
94 vermerkten Kandidierenden gleich.

95 27. Kandidieren in einem Wahlgang mehr Personen, als Plätze zu vergeben sind, entfällt
96 die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

97 Ungültige Stimmen und ungültige Stimmzettel

98 28. Ungültig sind Stimmzettel, auf denen

99 a) die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen überschritten wird,

100 b) der Wille der Wählenden nicht klar erkennbar ist,

101 c) das Prinzip der geheimen Wahl verletzt wird.

102 29. So weit möglich führt die Ungültigkeit einer Stimme nicht zur Ungültigkeit des ganzen
103 Stimmzettels.

104 30. Über die Ungültigkeit entscheidet die Wahlkommission auf Vorschlag der Wahlleitung
105 mit einfacher Mehrheit.

106 Stimmengleichheit und Stichwahl

107 31. Es finden keine Stichwahlen statt.

108 32. Bei Stimmengleichheit mehrerer KandidatInnen werden bei gerader Stimmenzahl die
109 Kandidat*innen in der Reihenfolge nach Alter aufsteigend (jung vor alt) gereiht, bei
110 ungerader Stimmenzahl nach Alter absteigend (alt vor jung). So wird auch bei
111 Ersatzpersonen verfahren.

Anträge

A1: Kürzen bei den Reichen, statt Sozialstaat streichen. Sozialproteste stärken!

Einreichende: Nicolas Rother, Katja Wagner, Gregor Clewing

Unterstützende: Felix Knorr, Marit Meincke, Julia Kaiser, Derya Kilicarslan, Tammo Thyselius, Johanna Schönborn, Timo Kolfhaus, Vincent Heidemann, Kai Tischer, Alli Zahn, Jan Rottenbach, Georg Grünewald, Konrad Weiß, Kai Knappik, Tjark Delfs

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

1. Die aktuelle Reform- und Kürzungsagenda von Merz' Bundesregierung stellt wegen ihrer Breite und Tiefe einen Generalangriff auf die gesamte arbeitende Klasse dar, die das Ausmaß der Agenda 2010 überschreiten könnte. Daher unterstützen Die Linke Leipzig und ihre Mitglieder die Proteste dagegen und bauen diese weiterhin mit auf. Außerdem kämpfen sie, wo sie können und besonders in Betrieb, Gewerkschaft und Parlament aktiv gegen jegliche Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klasse, gegen jede Form von Kürzungen bei Kitas, Bildung, Sozialleistungen und gegen jeden Stellenabbau.
2. Wir stellen uns auch gegen jegliche Kürzungen im Land und den Kommunen. Deswegen setzt sich Die Linke Leipzig darüber hinaus auch im Landesverband und mit unseren Funktions- und Mandatsträger*innen aktiv dafür ein, die Linke als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als klare Gegnerin von jeglichem Sozialabbau und Kämpferin für den demokratischen Sozialismus zu stärken.

Begründung:

Wir erleben derzeit die größten Angriffe auf wichtige Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung seit Schröders Attacken der Agenda 2010. Es zeichnet sich ab, dass Merz' Agenda 2030 sogar noch deutlich tiefere Einschnitte bereithält. Sogar selbstverständlich gehaltene Errungenschaften wie der 8-Stunden-Tag oder die gesetzliche Rente sind ihnen nicht heilig. Dies ist ein Generalangriff auf die arbeitende Bevölkerung mit dem Ziel sie noch stärker auszupressen und zu disziplinieren.

Die Angriffe sind von einem solchen Ausmaß und kommen in einer derart hohen Frequenz, dass die arbeitende Bevölkerung anfangs regelrecht paralysiert wirkte. Der große Aufschrei war nicht zu hören und lange regte sich zu wenig. Nachdem bereits einzelne Initiativen von Betroffenen Protest organisierten, versucht die Partei Die Linke seit einiger Zeit und unter dem Motto der Sozialproteste Betroffene zusammenzubringen und den Widerstand gegen Merz' Kahlschlag zu verallgemeinern.

Diese völlig richtige Initiative gilt es weiter zu unterstützen und weiter zu verstetigen. Dabei geht es einerseits um den Versuch, diese brutalen Kürzungen wirklich zu verhindern, aber auch darum, in diesen dunklen Zeiten nicht zu resignieren, sondern laut zu widersprechen und solidarisch zu sein.

Insbesondere in Zeiten der immer stärker werdenden Bedrohung durch Rechte und

Faschisten und der eskalierenden Aufrüstungsspirale braucht es auf der Straße und im Parlament eine starke Linke, die sich für den demokratischen Sozialismus als Gegenentwurf zur alltäglichen Brutalität des Kapitalismus einsetzt. Dafür braucht es neben unserer Forderung einer radikalen Erbschafts- und Vermögenssteuer auch eine klare Haltung gegen die verehrende Politik von Sozialabbau und Aufrüstung durch CDU und SPD. Weil diese unter anderem die Grundlage für das Erstarken der Rechten bildet, ist es auch unsere antifaschistische Pflicht, die Linke wieder zu einer antikapitalistischen Partei zu machen, die als wirkliche Alternative zu den herrschenden Verhältnissen wahrgenommen wird.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A2: Capa-Wäldchen retten – gegen Hinterzimmerdeals mit RB

Einreichende: Tammo Thyselius, Derya Kilicarslan, Alli Zahn, Clemens Elm, Kai Tischer, Christoph Zander, Lucie Hammer, Noah Groß, Paul Mermet, Tjark Delfs, Timo Napparell, Valentin Schönthal, Katja Wagner, Hendrik Frieling, Julia Aigner, Julia Kaiser, Nicolas Rother, Marleen Wagner, Jessica Herrmann

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Das Capa-Wäldchen (Wald zwischen Capastrasse und Cottaweg) soll ausnahmslos erhalten bleiben. Deshalb fordern wir:

- Keine Rodung des Auwalds
- Kein Verkauf des Gebiets an RB Leipzig
- Keine Bebauung des Gebiets

Wir als Linke betonen immer, dass wir zurecht Klima und Klasse zusammen denken. Lasst uns nun nicht von so einem wertvollen Stück Natur in der Stadt trennen.

Deshalb sollten Strukturen der Leipziger Linken ihren möglichen Beitrag leisten, dass der Auwald im Ganzen erhalten bleibt und wir uns nicht auf faule Kompromisse einlassen.

All das gilt auch für gewählte Mitglieder und Repräsentant*innen wie die Stadtratsfraktion oder Bürgermeister*innen.

Begründung:

Der Abschnitt ist Teil des Auwald Leipzig und bietet die einzige Verbindung an der Stelle von Nord nach Süd und ist damit essentiell für das gesamte Biotop.

Dies gilt sowohl für Pflanzen, Tiere und Menschen.

12 A. Anträge

Der Auwald Leipzig gehört zu den größten erhaltenen Beständen in Mitteleuropa. Dies sorgt für eine einzigartige Zusammensetzung was Flora und Fauna angeht, aber bietet damit auch eine beispiellose Rückzugsmöglichkeit für die Menschen in Leipzig. Auch seine Funktion als „Klimaanlage der Stadt“ macht uns allen das Leben an heißen Tagen deutlich einfacher.

Wir schwitzen nicht alle gleich

Bei bereits drei Hitzewellen diesen Sommer, Temperaturen über 40 Grad, geschmolzenen Tram-Fugen und ausgetrockneten Gewässern, ist auch der letzten Person klar, dass dieses Wetter das neue Normal wird.

6 % der Haushalte in Deutschland besitzen eine Klimaanlage, wahrscheinlich gilt dies für Leipzig genauso.

Wenn wir eine konsequente Politik für die arbeitenden Menschen in dieser Stadt machen wollen, können wir ihnen keine Rückzugsräume bei Hitze nehmen. Jede Person, die bei heißem Wetter mal im Auwald war, weiß, was bis zu 10 °C kühler heißen können. Die Funktion als Frischluftschneise für die Anwohnenden muss ernst genommen werden. In Zeiten wie diesen ist es essentiell, Politik für die zu machen, die sich Pool, Klimaanlage und Garten nicht leisten können, sondern bei solchen Temperaturen ohne Erfolg auf ihre Tram zur Arbeit waren, um sich dort dann abzuschwitzen. So wird Umweltschutz zu Klassenpolitik.

Naturschutz und Soziales kann wirksam nur zusammen gedacht werden, das macht uns als sozialistische Partei aus, daran müssen wir festhalten. Naturschutz ist in letzter Instanz immer auch etwas, was uns als Menschen direkt betrifft.

Lasst uns deshalb an diesem Grundstück beweisen, dass wir es ernst meinen, eine Partei zu sein auch für die, die keine Stimme haben. Das heißt auch, Renaturierung des Elsterbeckens nicht dagegen auszuspielen und vor allem auch ehrlich darin zu sein, dass eine Kompensationsmaßnahme nicht einen seit Jahren existierenden Wald in seiner jetzigen Funktion ersetzt.

Dazu gehört auch, einzugestehen, dass es dem Auwald (ähnlich wie vielen anderen Ländern) nicht gutgeht. Vor allem die Klimakrise schadet dem Wald. Das heißt aber, dass Verbesserung und nicht Verschlechterung des Zustands auf der Tagesordnung stehen sollte. Wir haben als Linke genug schlechte Erfahrungen damit gemacht, Grundstück aus der öffentlichen Hand an Konzerne abgeben. Lasst uns diesen Fehler hier nicht wiederholen, vor allem nicht in Zeiten, in denen Enteignung, Klimakrise und Hitzekatastrophe auf der Tagesordnung stehen.

Hinweis: Teile der Begründung wurden übernommen aus den Artikeln „Wir amputieren uns ständig das Schönste, das Wichtigste, das, was uns am Leben erhält“ und „Warum das Capa-Wäldchen nicht verhandelbar sein darf“ aus der Sommer-Ausgabe des Mitteilungsblattes.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A3: Für eine soziale und demokratische Sportpolitik - Nein zu Olympia.

Einreichende: Tammo Thyselius, Derya Kilicarslan, Alli Zahn, Clemens Elm, Kai Tischer, Christoph Zander, Lucie Hammer, Noah Groß, Paul Mermet, Tjark Delfs, Timo Napparell, Valentin Schönthal, Katja Wagner, Hendrik Frieling, Julia Aigner, Julia Kaiser, Björn Höfer, Timo Kolfhaus, Jessica Herrmann

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig lehnt eine Beteiligung Leipzigs an einer Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 ab. Dies gilt insbesondere für eine Beteiligung Leipzigs am Bewerbungskonzept Berlin+.

Der Stadtvorstand wird beauftragt, diese Position öffentlich zu vertreten und sich im Rahmen seiner politischen und organisatorischen Möglichkeiten gegen eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung einzusetzen.

2. Die Linke Leipzig solidarisiert sich mit Bündnissen und Initiativen, die sich gegen eine Olympiabewerbung und für eine demokratische Entscheidung darüber einsetzen. Dazu gehört insbesondere das Berliner Bündnis NOlympia und das Volksbegehren „Für Berlin, gegen Olympia. Wir sagen Nein zu einer Bewerbung um Olympische Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044!“

Der Stadtverband unterstützt solche Initiativen im Rahmen seiner politischen und organisatorischen Möglichkeiten.

3. Die Linke Leipzig fordert größtmögliche Transparenz im weiteren Bewerbungsprozess. Die Mitglieder des Stadtverbandes sollen frühzeitig über weitere Schritte, politische Entscheidungen, geplante Investitionen und finanzielle Verpflichtungen informiert werden, die eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung betreffen.

Dies gilt auch für zukünftige Vorhaben, Leipzig an einer Bewerbung um Olympische oder Paralympische Spiele zu beteiligen. Bevor sich der Stadtverband zu einem solchen Vorhaben positioniert oder dieses unterstützt, muss die Mitgliedschaft die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und darüber zu diskutieren.

4. Die Stadtratsfraktion sowie die kommunalen Mandatsträger*innen der Linken Leipzig werden aufgefordert, die beschlossene Position des Stadtverbandes in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen und sich im Rahmen ihres Mandats gegen eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung einzusetzen.

Auch kommunale Wahlbeamt*innen der Linken werden aufgefordert, diese Position im Rahmen ihrer rechtlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Begründung:

Als Linke kämpfen wir dafür, gesellschaftlichen Reichtum von oben nach unten umzuverteilen. Deshalb ist die Frage, wofür öffentliche Gelder ausgegeben werden, für uns keine neutrale Verwaltungsfrage. Sie ist eine Verteilungsfrage.

14 A. Anträge

Wir müssen uns fragen, wem eine Investition nutzt, wer die Risiken trägt und was dafür an anderer Stelle nicht finanziert wird. Entscheidend darf nicht sein, welches Projekt die beste Werbekampagne hat oder welches Versprechen sich am besten verkaufen lässt. Entscheidend muss sein, was das Leben der Menschen in unserer Stadt tatsächlich verbessert.

Olympische Spiele werden mit großen Versprechen verbunden. Neue Infrastruktur, internationale Aufmerksamkeit, wirtschaftlicher Aufschwung und ein gesellschaftliches Gemeinschaftsgefühl werden in Aussicht gestellt. Sport kann Menschen verbinden und internationale Begegnungen ermöglichen. Aber eine Olympiabewerbung ist längst mehr als eine sportpolitische Entscheidung.

Olympische Spiele in ihrer heutigen Form sind milliardenschwere Großveranstaltungen, bei denen wirtschaftliche Interessen, Standortpolitik und die Interessen internationaler Sportverbände eng miteinander verbunden sind. Die öffentliche Hand trägt einen erheblichen Teil der finanziellen Risiken. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Geld und politische Aufmerksamkeit in Prestigeprojekte fließen, während sie bei sozialer Infrastruktur und Breitensport fehlen.

Der Bewerbungsprozess ist inzwischen weit fortgeschritten. Berlin hat gemeinsam mit Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg Vorpommern das endgültige Konzept Berlin+ beim Deutschen Olympischen Sportbund eingereicht. Leipzig ist darin als Co-Gastgeber vorgesehen. Am 26. September 2026 entscheidet der DOSB, ob Berlin+, München oder KölnRheinRuhr Deutschland im weiteren Bewerbungsverfahren vertreten soll. Damit geht es längst nicht mehr um eine unverbindliche Idee für irgendwann in der Zukunft. Politische und finanzielle Weichen werden jetzt gestellt.

Besonders deutlich wird das bei den angekündigten Investitionen. Im August erklärte Sachsens Innenminister Armin Schuster, dass das sächsische Kabinett einen Zuschuss von 60 Millionen Euro für Leipzig beschlossen habe. Im Zusammenhang mit der Bewerbung wird unter anderem über den Ausbau der Leipziger Halleninfrastruktur gesprochen.

Natürlich braucht Leipzig Investitionen in seine Sportstätten. Genau deshalb stellt sich aber die umgekehrte Frage: Warum braucht es erst Olympia, damit solche Investitionen möglich werden? Die Befürworter*innen der Bewerbung werben selbst damit, dass Olympische Spiele zusätzliche finanzielle Impulse auslösen und Investitionen beschleunigen könnten. Genau darin liegt ein Problem. Notwendige öffentliche Infrastruktur wird mit einem internationalen Großevent verknüpft, obwohl die Menschen sie unabhängig davon brauchen.

Wenn Leipzig eine neue Ballsporthalle braucht, dann braucht Leipzig diese Halle auch ohne Olympia. Wenn unsere Schwimmbäder saniert werden müssen, dann müssen sie saniert werden, weil Kinder schwimmen lernen sollen und weil Menschen in dieser Stadt öffentliche Sportangebote brauchen. Wenn Sportvereine bessere Hallen, Plätze und Trainingsbedingungen brauchen, dann müssen wir dafür Geld bereitstellen, weil Breitensport Teil öffentlicher Daseinsvorsorge ist.

Wir sollten uns nicht damit abfinden, dass für notwendige Infrastruktur angeblich kein Geld vorhanden ist, bis ein Prestigeprojekt vor der Tür steht. Die Frage ist nicht, ob in Sport investiert werden soll. Die Frage ist, für wen investiert wird und nach welchen politischen Prioritäten.

Schon heute fehlt es an Sportflächen, Schwimmangeboten und einer ausreichenden Finanzierung des Breitensports. Gleichzeitig stehen Schulen, soziale Einrichtungen, bezahlbarer Wohnraum und viele andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge unter erheblichem finanziellen Druck. Als Linke muss unsere Priorität deshalb klar sein: Breitensport vor Prestigeprojekt. Sport für alle statt Olympia für wenige.

Auch die Behauptung, Olympia sei notwendig, um zusätzliche Gelder von Land und Bund nach Leipzig zu holen, überzeugt uns nicht. Wenn Land und Bund Investitionen in Leipzigs Infrastruktur für notwendig halten, dann sollen sie diese finanzieren. Und zwar unabhängig davon, ob Leipzig Austragungsort eines internationalen Sportevents wird. Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht davon abhängen, ob sich eine Stadt im internationalen Standortwettbewerb durchsetzt.

Neben der sozialen und finanziellen Frage gibt es ein zweites Problem: die demokratische Legitimation der Bewerbung. Der Leipziger Stadtrat hat die Beteiligung am Konzept Berlin+ unterstützt. Einen Bürgerentscheid über die Olympiabewerbung gab es in Leipzig jedoch nicht. Dass es auch anders geht, zeigen die anderen Bewerberregionen. In München und KölnRheinRuhr stimmten jeweils rund zwei Drittel der Abstimmenden für eine Bewerbung. In Hamburg sprach sich dagegen eine Mehrheit von rund 55 Prozent gegen Olympia aus. Hamburg zog seine Bewerbung daraufhin zurück.

Unabhängig davon, wie man diese Ergebnisse politisch bewertet, zeigen sie etwas Wichtiges: Wenn Menschen tatsächlich über eine Olympiabewerbung entscheiden können, kann das Ergebnis sowohl Zustimmung als auch Ablehnung sein. In Leipzig hatten die Einwohner*innen diese Möglichkeit bisher nicht. Gerade deshalb reicht es nicht aus, gesellschaftliche Zustimmung über Werbekampagnen, Umfragen oder Veranstaltungen zu behaupten. Bei einem Projekt, das Auswirkungen auf öffentliche Haushalte, Stadtentwicklung, Wohnraum, Sportinfrastruktur und möglicherweise Jahrzehnte kommunaler Planung hat, braucht es eine ehrliche öffentliche Debatte.

Der BUND Leipzig stellte bereits im November 2025 konkrete Fragen zu Kosten und Finanzierung, geplanten Bauvorhaben, Flächenverbrauch, Nachnutzung und möglichen sozialen Folgen der Olympiabewerbung.

Solche Fragen müssen beantwortet werden, bevor weitere politische und finanzielle Verpflichtungen eingegangen werden. Transparenz bedeutet nicht, die Bevölkerung darüber zu informieren, wie großartig Olympia werden könnte. Transparenz bedeutet, offenzulegen, was geplant ist, was es kostet, wer bezahlt, welche langfristigen Verpflichtungen entstehen und welche Alternativen es gibt.

Das gilt auch innerhalb unserer eigenen Partei. Die Linke muss sich ihre Position selbst erarbeiten können. Mitglieder dürfen nicht erst dann informiert werden, wenn wichtige politische Entscheidungen bereits getroffen wurden. Unterschiedliche Einschätzungen müssen diskutiert werden können. Gerade bei Entscheidungen mit langfristigen Folgen muss eine Mitgliederpartei ihre Mitglieder frühzeitig einbeziehen.

Die aktuelle Debatte zeigt außerdem, warum wir uns nicht allein auf das Versprechen verlassen sollten, Olympia werde eine nachhaltige Modernisierung der Stadt ermöglichen. Wenn eine Infrastrukturmaßnahme sinnvoll ist, muss sie auch ohne Olympia sinnvoll sein. Wenn eine Investition sozial notwendig ist, müssen wir für sie kämpfen, unabhängig von Olympia. Und wenn eine Maßnahme ohne Olympische Spiele keinen politischen oder gesellschaftlichen Nutzen hat, sollten wir sie auch mit Olympia nicht bauen.

16 A. Anträge

Eine linke Stadtpolitik darf sich nicht danach richten, welches Großprojekt gerade zusätzliche Fördermittel verspricht. Sie muss danach fragen, was die Menschen in dieser Stadt dauerhaft brauchen. Leipzig braucht bezahlbare Wohnungen. Leipzig braucht funktionierende Schulen. Leipzig braucht Schwimmbäder und Sporthallen, die allen offenstehen. Leipzig braucht eine gut finanzierte soziale Infrastruktur. Leipzig braucht Investitionen in den Breitensport. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Dafür brauchen wir kein Olympia. Nein zur Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A4: Transparenz und Gehaltsdeckel in der Leipziger Linken

Einreichende: Tammo Thyselius, Johanna Schönborn, Alli Zahn, Tom Knappstein, Ariane Barth, Kai Knappik, Julia Kaiser, Stefan Nagel

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Politisch gewählte Mitglieder des Stadtverband der Linken Leipzig werden aufgefordert, Transparenz über zusätzliche Beteiligungen in Gremien, wie zum Beispiel Aufsichtsräten herzustellen. Dies betrifft vergütete, sowie unvergütete Beteiligungen.

Der Stadtverband Die Linke Leipzig setzt sich dafür ein, Kandidierende bei Bewerbungen aktiv aufzufordern, nach Antrag P.19 Neu des Bundesparteitags 2026 ihr Gehalt zu deckeln. Dafür soll eine Kandidierendenvereinbarung abgeschlossen werden.

Mitglieder des Stadtrates werden dementsprechend aufgefordert, sofern möglich, Beigeordnete für bestimmte Aufgabenbereiche, die Mitglieder der Partei die Linke sind, zu wählen und sich für diese auszusprechen, die auf Grundlage des oben genannten Antrags ihr Gehalt deckeln.

Begründung:

Als Partei haben wir uns vorgenommen, eine Partei für und mit der arbeitenden Klasse zu sein. Schritte hin zu diesem Selbstverständnis haben wir auf unseren letzten Parteitag festgelegt. Ein zentraler Bestandteil dieses Ziels ist es, nah an all denjenigen zu sein, die unser Land am Laufen halten. Das macht sonst keine andere Partei.

In diese Überzeugung reiht sich die Begrenzung der Abgeordnetenbezüge für Abgeordnete der Linken im Bundestag und im Europäischen Parlament ein, die unser Bundesparteitag 2026, ab den nächsten entsprechenden Wahlen mit deutlicher Mehrheit beschlossen hat.

Die Abgabe eines großen Teils des eigenen Gehalts durch Funktionär*innen und Mandatsträger*innen ist Ausdruck einer Parteikultur, die klar macht: Wir halten uns nicht für etwas Besseres. Wir sind nah dran an den Problemen der Menschen und kritisieren ganz

bewusst, dass Politikergehälter, die für die allermeisten Beschäftigten fern ab jeglicher Realität sind, zu realitätsferner Politik aus Sicht der allermeisten Menschen in diesem Land führen. Wenn wir das anprangern, müssen wir es aber selbst auch anders machen. Auch in Sachsen.

Deswegen möchten wir allen Mitgliedern des Stadtverbandes die Linke Leipzig, die repräsentative sowie administrative Aufgaben erfüllen, nahe legen, eine Übernahme der beschlossenen Regelungen des Bundesparteitages zum Gehaltsdeckel unserer Abgeordneten auch auf ihre Rollen anzuwenden.

So können wir auch in Leipzig klar machen, dass Die Linke DIE Antiestablishment-Partei ist, die mit den Menschen gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme entwickelt und für deren Durchsetzung kämpft und im Gegensatz zu anderen Parteien keinen Platz für Karrieristen bietet.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A5: Eine neue Küche für das Liebknecht-Haus — ein Gewinn für die Küche für alle

Einreichende: Küfa Ost, Mitte und Süd der AG Küfa, AG Liebknecht-Haus, Kay Kamieth, Steffi Deutschmann

Unterstützende: Petra Ertel, Franziska Riekewald, Robby Aydin, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Kosten für den Umbau der Teeküche im Dachgeschoss des Liebknecht-Hauses zu einer Kochküche für die Ortsgruppen Süd, Mitte, Ost der AG Küfa sowie die zahlreichen Veranstaltungen im Liebknecht-Haus werden übernommen. Die Maßnahmen sollen mit den anderen Nutzer:innen der bisherigen Teeküche, insbesondere mit dem Büro des Liebknecht-Hauses abgestimmt werden. Zu den Umbaumaßnahmen zählen im Besonderen:

- Umbau und Erweiterung des Kochbereichs einschließlich neuer Küchenarbeitsplatte, Spülmaschine sowie großem Spülbecken mit Kalt- und Warmwasseranschluss,
- Verkürzung der Laufwege und Raumerweiterung durch Rückbau des L-förmigen Barbereichs,
- Erneuerung des Bodenbelags und Versiegelung im aktuellen Küchenbereich,
- Einrichtung einer (mobilen) Kücheninsel,
- Erweiterung von Stauraum und Lagerkapazitäten durch robuste Schrank- und Regalsysteme.

Wo möglich, werden die Renovierungs- und Umbaumaßnahmen durch Mitglieder der AG Küfa und AG Liebknecht-Haus geplant, überwacht und durchgeführt. Einzelne Maßnahmen

18 A. Anträge

im Bereich Wasser- und Elektroinstallation sollen ausgeschrieben und durch die entsprechenden Gewerke ausgeführt werden. Die Anschaffungen sollen kostengünstig und wenn möglich gebraucht erfolgen.

Die Gesamtkosten der genannten Umbaumaßnahmen und erforderlichen Anschaffungen belaufen sich auf eine Summe von bis zu 8.000€.

Begründung:

Die Ortsgruppen Süd, Mitte und Ost der AG Küfa (Küche für alle) kochen seit inzwischen 1 1/2 Jahren regulär sieben Mal im Monat in der Küche unter dem Dach des Liebknecht-Hauses. Pro Küfa kochen wir in der Regel 50 Portionen, die anschließend am Marktplatz in Lößnig, auf dem Bayerischen Platz oder vor dem Kaufland in Reudnitz ausgegeben werden. Zusätzlich kochen wir regelmäßig für parteiinterne Veranstaltungen wie den Stadtparteitag, die Bundestagswahlparty, das Sommerfest, die Mietenkonferenz, Nachbarschaftstreffen oder „Ohne Obdach, ohne Schutz“. Bei dieser Art von Veranstaltungen kochen wir für bis zu 150 Personen.

Die Küfa ist inzwischen zu einem integralen und stadtweiten Angebot der Partei angewachsen, das ganzjährig und außerhalb von Wahlkämpfen Sichtbarkeit für die Linke erzeugt. Geschultert wird dieses Angebot von vielen engagierten Genoss:innen, die wöchentlich tatkräftige Arbeit leisten.

Die Bedingungen, unter denen wir derzeit im Liebknecht-Haus kochen, sind jedoch widrig und erschweren uns die Arbeit unnötig. Für viele Neumitglieder stellen die Küfas ein direktes und einsteigerfreundliches Angebot für die Arbeit in der Partei dar. Im aktuellen Zustand wird dieser Ersteindruck durch den maroden Zustand der Küche getrübt.

Die Küche unter dem Dach in der Braustraße wurde ursprünglich als Teeküche konzipiert, weshalb die bestehende Raumanordnung, Ausstattung und Infrastruktur nicht ausgelegt sind für den Umfang und die Regelmäßigkeit unseres Kochens. Dies hat eine provisorische Kochsituation zur Folge, die nicht nur beschwerlich, sondern mit Blick auf Hygiene und Sicherheit auch bedenklich ist.

Ein Küchenumbau, der die oben genannten Maßnahmen beinhaltet, würde für uns eine enorme Erleichterung bedeuten und unser Vorhaben, regelmäßig und stadtweit kostenloses Essen für Leipziger:innen anzubieten, unterstützen. Damit schaffen wir ein Fundament, um unsere bisherige Arbeit nicht nur zu verstetigen, sondern langfristig ausbauen zu können. Bei dieser Unternehmung bitten wir euch um eure Unterstützung, stimmt diesem Antrag zu.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A6: Eine starke Linke braucht eine starke Basis – Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken

Einreichende: Jessica Herrmann, Tammo Thyselius, Benjamin Sittig, Kevin Ehser, Mareike Sorg, Nortia Heurtebise, Robin Irmer, Natascha Kalantar, Noah Groß, Robby Aydin, Jessica Sommer, Alli Zahn, Luca Doll

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig versteht sich als Mitgliederpartei. Unsere politische Stärke entsteht nicht allein in Vorständen, Fraktionen, Abgeordnetenbüros oder Wahlstäben. Sie entsteht dort, wo Mitglieder diskutieren, Erfahrungen aus ihren Stadtteilen einbringen, unterschiedliche politische Positionen miteinander abwägen und gemeinsam Entscheidungen treffen. Deshalb wollen wir die Beteiligung der Mitglieder bei grundlegenden politischen und strategischen Entscheidungen verbindlich stärken.

Nicht jede Entscheidung kann und muss von der gesamten Mitgliedschaft getroffen werden. Gewählte Vorstände müssen arbeitsfähig sein, Mandatsträger*innen tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen und im politischen Alltag muss manchmal schnell gehandelt werden. Aber dort, wo es um grundlegende Weichenstellungen, das politische Profil unserer Partei oder Entscheidungen mit langfristigen Folgen geht, darf Beteiligung nicht erst beginnen, wenn die Entscheidung faktisch bereits gefallen ist.

Der Stadtvorstand wird deshalb beauftragt, gemeinsam mit den Stadtbezirksverbänden, Zusammenschlüssen und der Stadtratsfraktion Verfahren zu entwickeln und umzusetzen, durch die wichtige politische Entscheidungen früher, transparenter und verbindlicher mit der Mitgliedschaft diskutiert werden.

1. Grundsatzentscheidungen frühzeitig in die Partei geben

Bei politischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Mitgliedschaft möglichst vor einer abschließenden Positionierung durch Stadtvorstand oder Stadtratsfraktion informiert und einbezogen werden. Dazu zählen insbesondere Entscheidungen,

- die das politische Profil der Partei in einer zentralen Frage betreffen,
- die langfristige Folgen für die Stadt haben,
- bei denen innerhalb der Partei deutlich unterschiedliche Positionen bestehen,
- die größere strategische Entscheidungen für Wahlkämpfe oder Bündnisse beinhalten,
- oder die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können.

Je größer die politische Tragweite einer Entscheidung ist, desto größer muss auch die Möglichkeit der Mitglieder sein, an ihrer Entstehung mitzuwirken.

2. Mitgliederforen vor wichtigen Entscheidungen

Bei solchen Grundsatzfragen sollen stadtweite Mitgliederforen stattfinden. Dort müssen unterschiedliche Positionen tatsächlich zu Wort kommen können. Die Mitglieder sollen frühzeitig über die Ausgangslage informiert werden. Verschiedene Positionen und mögliche Alternativen sollen nachvollziehbar dargestellt werden. Es muss ausreichend Raum für Nachfragen und Diskussion geben. Die Ergebnisse sollen anschließend für die Mitglieder dokumentiert werden.

20 A. Anträge

Wo es sinnvoll ist, sollen auch schriftliche Beiträge und digitale Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden. Wer aufgrund von Arbeit, Sorgearbeit, Krankheit oder anderen Verpflichtungen nicht an jeder Parteiveranstaltung teilnehmen kann, darf deshalb nicht von politischer Beteiligung ausgeschlossen sein.

3. Der Basis ein eigenes Initiativrecht geben

Nicht allein der Stadtvorstand soll entscheiden können, welche Frage wichtig genug für eine stadtweite Debatte ist. Wenn mindestens zwei Stadtbezirksverbände oder eine festzulegende Zahl von Mitgliedern dies verlangen, soll der Stadtvorstand ein stadtweites Mitgliederforum zu dieser politischen Frage einberufen.

Bei besonders weitreichenden Grundsatzfragen soll außerdem geprüft werden, ob eine Mitgliederbefragung oder, soweit Satzung und rechtliche Rahmenbedingungen dies ermöglichen, ein Mitgliederentscheid durchgeführt werden kann.

4. Kandidat*innenfindung transparenter gestalten

Die Diskussion um unsere Kandidatur zur Oberbürgermeister*innenwahl 2027 hat gezeigt, dass eine formale Abstimmung allein noch keine umfassende Beteiligung garantiert. Bei verschiedenen Diskussionsveranstaltungen in den Stadtbezirksverbänden wurde von Mitgliedern kritisiert, dass lange unklar war, wie die Kandidat*innenfindung abläuft, nach welchen Kriterien mögliche Kandidat*innen bewertet werden und welche Möglichkeiten es für Mitglieder gibt, selbst eine Kandidatur anzustreben. Gerade neu eingetretene Mitglieder berichteten, dass der Prozess für sie nur schwer nachvollziehbar war und sie erst sehr spät erfuhren, wie die Kandidat*innenfindung vorbereitet worden war.

Für zukünftige Kandidaturen von besonderer politischer Bedeutung soll deshalb gelten:

- Der Zeitplan und das Verfahren der Kandidat*innenfindung werden frühzeitig veröffentlicht.
- Alle Mitglieder werden rechtzeitig per Informationsmail und, wo sinnvoll, zusätzlich durch eine Informationsveranstaltung darüber informiert, wie das Verfahren abläuft und wie sie selbst ihr Interesse an einer Kandidatur erklären oder sich um eine Kandidatur bewerben können.
- Die politischen Anforderungen an eine Kandidatur werden frühzeitig mit der Mitgliedschaft diskutiert.
- Mitglieder erhalten rechtzeitig die Möglichkeit, mögliche Kandidat*innen kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren.
- Empfehlungen des Stadtvorstandes werden nachvollziehbar begründet.
- Eine Empfehlung darf die politische Debatte und die Entscheidung der zuständigen Mitgliederversammlung nicht vorwegnehmen.

Wir wollen Mitglieder nicht erst dann mobilisieren, wenn Plakate geklebt, Haustüren besucht und Infostände besetzt werden müssen. Wer einen Wahlkampf tragen soll, muss auch die Möglichkeit haben, seine politische Ausrichtung mitzugestalten.

Das gilt auch nach der Kandidat*innenaufstellung. Der Stadtverband, vertreten durch den Stadtvorstand, soll regelmäßig offene Strategie und Auswertungsrunden durchführen. Stadtbezirksverbände und aktive Basisstrukturen sollen feste Möglichkeiten erhalten, Vorschläge einzubringen und bei wichtigen Schwerpunktsetzungen des Wahlkampfes mitzuwirken. Wir begrüßen, dass die Kritik der Intransparenz wahrgenommen wurde und es nun beim OBM-Wahlkampf vielfältige Möglichkeiten zur Beteiligung gibt. Unser Anspruch, eine Mitmachpartei zu sein, darf nicht beim Wahlkampfmaterial enden. Er muss sich auch in unseren eigenen Strukturen zeigen.

5. Einen jährlichen kommunalpolitischen Ratschlag schaffen

Mindestens einmal im Jahr soll ein offenes Treffen zwischen Mitgliedern, Stadtvorstand und Stadtratsfraktion stattfinden. Dabei soll es nicht in erster Linie um eine einzelne anstehende Entscheidung gehen. Dafür sind die Mitgliederforen vorgesehen. Der kommunalpolitische Ratschlag soll vielmehr einen Raum schaffen, um frühzeitig über größere Vorhaben, absehbare Konflikte und politische Schwerpunkte des kommenden Jahres zu sprechen.

Mitglieder sollen dort erfahren können, welche wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen bevorstehen und welche Fragen sich aus Sicht der Fraktion und des Stadtvorstandes abzeichnen. Gleichzeitig sollen Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse und einzelne Mitglieder eigene Themen und Konflikte einbringen können, die aus ihrer Sicht stärker auf die politische Agenda gehören.

Es geht dabei ausdrücklich nicht darum, unsere Stadträt*innen zu kontrollieren oder ihnen ihre politische Verantwortung abzusprechen. Es geht darum, politische Debatten früher zu führen und Wissen aus Fraktion und Basis miteinander zu verbinden.

Unsere Stadträt*innen haben Einblicke in parlamentarische Abläufe, Verhandlungen und Sachzwänge. Unsere Mitglieder bringen Erfahrungen aus Stadtteilen, Initiativen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und dem eigenen Alltag mit. Linke Kommunalpolitik wird besser, wenn beides zusammenkommt.

6. Unterschiedliche Positionen zulassen, ohne uns gegenseitig zu beschädigen

Basisdemokratie bedeutet nicht, jeden Konflikt über Pressemitteilungen oder soziale Medien auszutragen. Wir wollen eine politische Kultur, in der Widerspruch nicht als Illoyalität behandelt wird und politische Differenzen nicht zu persönlichen Auseinandersetzungen werden. Unterschiedliche Positionen müssen möglich sein. Persönliche Angriffe, Unterstellungen und öffentliche Abrechnungen helfen dagegen niemandem. Konflikte sollten zuerst dort ausgetragen werden, wo sie politisch produktiv werden können. Das sind unsere Mitgliederversammlungen, Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse, Mitgliederforen und Parteitage.

Nach einer demokratischen Entscheidung müssen unsere gewählten Gremien handlungsfähig bleiben. Gleichzeitig darf Geschlossenheit nicht bedeuten, dass Minderheitspositionen nicht mehr ausgesprochen werden dürfen. Geschlossenheit entsteht nicht dadurch, dass Konflikte vermieden werden. Sie entsteht dann, wenn wir offen und solidarisch miteinander streiten und am Ende gemeinsam Entscheidungen treffen.

7. Entscheidungsmacht darf nicht von Ressourcen abhängen

Innerparteiliche Demokratie bedeutet auch, dass demokratische Entscheidungsmacht nicht davon abhängen darf, wer über die meisten Ressourcen verfügt. Beschlüsse gewählter Gremien und Gliederungen müssen innerhalb ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit respektiert werden. Sie dürfen nicht dadurch faktisch eingeschränkt, übergangen oder ausgehebelt werden, dass andere Ebenen der Partei über mehr Geld, Personal, technische Infrastruktur, Kommunikationskanäle oder öffentliche Reichweite verfügen.

Unterschiedliche Ebenen und Strukturen unserer Partei verfügen zwangsläufig über unterschiedliche Möglichkeiten. Daraus darf aber keine unterschiedliche demokratische Wertigkeit ihrer Entscheidungen entstehen. Ein demokratisch gefasster Beschluss darf nicht deshalb weniger Gewicht haben, weil die Menschen, die ihn getroffen haben, weniger

22 A. Anträge

hauptamtliche Unterstützung oder geringere finanzielle und kommunikative Mittel zur Verfügung haben.

Ressourcen sollen demokratische Arbeit ermöglichen und unterstützen. Sie dürfen nicht darüber entscheiden, welche demokratisch legitimierte Position sich innerhalb der Partei faktisch durchsetzen kann.

Wo Entscheidungen nach Satzung bei einem bestimmten Gremium oder einer bestimmten Gliederung liegen, muss dieses Entscheidungsrecht auch praktisch bestehen. Höhere Ressourcenausstattung darf nicht zu höherer Entscheidungsmacht führen.

Begründung:

Die Linke ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Viele Menschen sind unserer Partei beigetreten, weil sie sich nicht damit abfinden wollen, dass Politik über ihre Köpfe hinweg gemacht wird. Sie wollen nicht nur wählen. Sie wollen sich einmischen, diskutieren, organisieren und gemeinsam etwas verändern. Diesen Anspruch müssen wir auch an uns selbst stellen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass wir an mehreren Stellen besser werden müssen.

Die Diskussion um die Olympiabewerbung berührt grundlegende linke Fragen. Wem gehört die Stadt? Wofür geben wir öffentliche Mittel aus? Wer trägt wirtschaftliche Risiken? Was bedeutet ein solches Großprojekt für Mieten, soziale Infrastruktur und Breitensport? Innerhalb der Linken gibt es dazu starke kritische Positionen bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung einer Olympiabewerbung. Es wurde darauf verwiesen, dass solche Großveranstaltungen häufig mit hohen öffentlichen Kosten, Verdrängung, steigenden Mieten und fehlender demokratischer Kontrolle verbunden sind. Die dort formulierte Schlussfolgerung lautet deshalb klar: Soziale Infrastruktur und Breitensport müssen Vorrang vor einem internationalen Prestigeprojekt haben. Gerade bei einer Frage mit so weitreichenden Folgen braucht es eine breite Debatte in der Partei. Es reicht nicht, über Beteiligung zu sprechen, wenn politische Grundentscheidungen vorher nur von wenigen vorbereitet werden.

Ähnliches gilt für das Capa-Wäldchen. Unsere Stadtratsfraktion hat versucht, in einer schwierigen Situation zwischen dem Erhalt der Kleinmesse, den Interessen von RB Leipzig und ökologischen Anforderungen einen Weg zu finden. Gleichzeitig gibt es innerhalb unserer Partei deutlichen Widerspruch gegen jede Rodung oder Veräußerung des Waldstücks. Für viele Genoss*innen geht es hier um eine grundsätzliche Frage. Dürfen öffentliche Grünflächen zur Verhandlungsmasse werden, wenn ein finanzstarker Verein und der dahinterstehende Konzern Erweiterungswünsche anmelden? Mitglieder aus der Basis wünschen sich deshalb ausdrücklich eine breite parteiinterne Debatte. Damit verbunden ist auch eine klare politische Forderung: Das Capa-Wäldchen soll erhalten bleiben, eine Rodung oder Teilrodung soll es nicht geben und die Renaturierung des Elsterbeckens darf nicht gegen den Erhalt des Waldes ausgespielt werden. Dass es innerhalb unserer Partei unterschiedliche Einschätzungen gibt, ist nicht das Problem. Eine Partei lebt von politischen Auseinandersetzungen. Problematisch wird es, wenn diese Auseinandersetzungen erst stattfinden, nachdem politische Entscheidungen bereits weit fortgeschritten sind.

Auch die Diskussion um unsere OBM-Kandidatur hat gezeigt, dass wir zwischen einer formalen Abstimmung und tatsächlichen Möglichkeiten zur Beteiligung unterscheiden müssen. Natürlich entscheidet am Ende die dafür zuständige Mitgliederversammlung über eine Kandidatur. Aber demokratische Beteiligung beginnt nicht erst mit dem Stimmzettel. Sie

beginnt bei der Frage, wie Kandidat*innen gesucht werden, welche politischen Erwartungen an sie gestellt werden, wer selbst kandidieren kann und wie Mitglieder rechtzeitig von diesen Möglichkeiten erfahren. Wir wollen keine Partei sein, in der wenige Menschen Politik entwickeln und viele sie anschließend umsetzen. Unsere Mitglieder sind keine Wahlkampfressource. Wir alle sind die Partei.

Eine sozialistische Partei, die gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern will, muss auch in den eigenen Strukturen demokratische Beteiligung ernst nehmen. Wir können nicht glaubwürdig dafür kämpfen, dass Menschen mehr Einfluss auf ihr Arbeitsleben, ihre Stadt und gesellschaftliche Entscheidungen bekommen, wenn wir in unserer eigenen Partei politische Beteiligung zu oft auf nachträgliche Information beschränken.

Mehr Basisdemokratie macht uns nicht handlungsunfähig. Im Gegenteil. Wer an einer Entscheidung beteiligt war, kann sie eher nachvollziehen, mittragen und nach außen vertreten. Und wer mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist, muss trotzdem wissen, dass die eigene Stimme gehört wurde. Eine starke Linke braucht deshalb keine möglichst stille Basis. Sie braucht Mitglieder, die informiert sind, sich einmischen und gemeinsam um die richtige politische Linie ringen.

Niemals alleine, immer gemeinsam darf nicht nur eine Phrase sein!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A7: Wollen wir es schnell erreichen, brauchen wir noch dich und dich – Außerparlamentarische Bündnisarbeit stärken

Einreichende: Clemens Elm, Georg Grünewald, Kai Knappik, Stefan Nagel

Unterstützende: Julia Aigner, Robby Aydin, Alli Zahn, Mara Luise Günzel, Gregor Clewing

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen, dass die Basis des Stadtverbandes darüber entscheidet, mit welchen zivilgesellschaftlichen Akteuren sie zusammenarbeitet. Sollte es in diesen Kooperationen zu Differenzen mit den Grundsätzen unserer Partei kommen, soll der Stadtvorstand mit den betroffenen Basisgliederungen in den Austausch gehen und gemeinsam an einem Weg arbeiten, wie die Basismitglieder in dieser Kooperation transformativ wirken können.

Kooperationsverbote sind grundsätzlich Mittel, den Diskurs zu unterdrücken und zu beherrschen. Deswegen lehnen wir Kooperationsverbote prinzipiell ab.

Begründung:

Auf unserem letzten Bundesparteitag haben wir mit dem Leitantrag „Die Linke aufbauen, Hoffnung und Widerstand organisieren!“ unmissverständlich klargestellt, welche Rolle unsere

24 A. Anträge

Partei in der Gesellschaft einnehmen soll. Darin wird festgehalten, dass „[...] nur eine dauerhafte Verankerung unserer Ziele und Forderungen im realen Leben, in Betrieben und Stadtteilen, die Beteiligung unserer Mitglieder in allen Auseinandersetzungen auf der Seite der arbeitenden Klasse, [...] die sozialen Verhältnisse verändern [...]“¹ kann. Diese besondere Rolle der außerparlamentarischen Bündnisarbeit zur Organisation einer Gegenmacht von unten kann allerdings nur angemessen wahrgenommen werden, wenn unsere Partei sich als „zuverlässige Partnerin für die Menschen“¹ erweist.

Soziale Bewegungen und Bündnisse entstehen meist schnell und mit aktuellem Anlass. Ein ausgebrochener Krieg oder eine verbale Entgleisung eines Politikers sind politisierende Momente welche wir als organisierende Klassenpartei einfangen und organisieren sollten. Nur wer dieses politische Momentum von Anfang an auffängt und sich am politischen Kampf beteiligt erlangt langfristig Glaubwürdigkeit und ist überhaupt in der Lage auf eine soziale Bewegung einzuwirken. Wer sie dagegen spaltet verliert Glaubwürdigkeit und den Zugang zur Bewegung.

In Leipzig hat sich jedoch in letzter Zeit mehrmals gezeigt, dass wir dieser Rolle nicht gerecht werden konnten und das Mitwirken an wichtigen Kämpfen teils verpasst, erschwert oder sogar unterbunden wurde. Das mittlerweile durch die Landesschiedskommission für unrechtmäßig erklärte Kooperationsverbot mit der Gruppe „Handala Leipzig“, welches der Landesvorstand Mitgliedern und Zusammenschlüssen für die ganze Basis auferlegt hatte, ist dabei die schärfste Form einer autoritären und verfehlten Bündnisarbeit. Die Begründung wurde nur mündlich und damit intransparent erbracht.

Ein weiteres Beispiel dafür ist der Umgang mit dem Bündnis „Schulstreik gegen die Wehrpflicht“. Hier wurde sich in der Vergangenheit gegen eine direkte Beteiligung und sogar für die Durchführung einer Parallelveranstaltung entschieden, welche folglich schlecht besucht und nur schwer öffentlich nachvollziehbar war. Der bereits angerichtete Schaden zeigte sich daraufhin auf Nachfolgedemonstrationen und uns wurde ein nachvollziehbares Misstrauen entgegengebracht.

Die Konfliktlinien verlaufen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht entlang der einzelnen Organisationen, sondern spiegeln meist die Konfliktlinien, die wir bereits aus unserer eigenen Partei kennen, wider. Dies umfasst selbstverständlich auch den Umgang mit Übergriffen gegen Genoss*innen, die auch in unserer Partei ungenügend aufgeklärt werden. Diese systematischen Probleme finden wir in jeder Organisation wieder. Aus diesen Gründen können wir nur mit Hilfe von transformativer Arbeit auf die betroffenen Gruppen einwirken und Kooperationsverbote verhindern diese Arbeit für die ganze Bewegung.

¹„Die Linke aufbauen, Hoffnung und Widerstand organisieren!“ Leitantrag - Beschluss Bundesparteitag vom 21. Juni 2026, S. 3

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A8: Leipzig wird Tarifstadt

Einreichende: Israel Encina, Jaël In 't Veld, Stefan Nagel, Jan Rottenbach, Paul Mermet, Stefan Heuer, AG Betrieb & Gewerkschaft

Unterstützende: Alexander Schmidt, Björn Höfer, Marco Hamann, Tammo Thyselius, Robby Aydin, Kai Knappik, Tjark Delfs, Kai Tischer, Lucie Hammer, Julia Aigner, Katja Wagner, Nicolas Rother, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig setzt sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig Aufträge nur noch an Firmen vergibt, die nach Tarifvertrag bezahlen und die ihrerseits nur Aufträge an Unterauftragnehmer oder Leiharbeitsfirmen vergeben, die ebenfalls nach Tarifvertrag zahlen.

Falls es tarifgebundene Bewerber um einen Auftrag der Stadt Leipzig gibt, sind diese in der Auftragsvergabe zuerst zu berücksichtigen.

Dies soll auch jeweils für den Fall gelten, dass Leistungen im Auftrag der Stadt Leipzig im Ausland erbracht werden sollen, falls es dort Tarifverträge gibt.

Begründung:

In der Geschäftsordnung der Stadt Leipzig zur Vergabe von Leistungen, „Ziff. 5 Strategische, nachhaltige, soziale und innovative Beschaffung“ sind u.a. der gesetzliche Mindestlohn, ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag und Branchenmindestlöhne als Mindestarbeitsbedingungen definiert, auf die hingearbeitet werden soll.

Das greift zu kurz. In Wahrheit liegen die Löhne in Leipzig häufig deutlich unter geltenden Tarifverträgen und werden individuell ausgehandelt. In Leipzig ist das Lohnniveau unter allen Großstädten Deutschlands am schlechtesten - Vollzeitverdiener haben einen deutlich niedrigeren Medianlohn als in allen anderen Großstädten. Für die Linke muss die Verbesserung der Löhne in Zeiten steigender Mieten und Inflation absolute Priorität haben. Eine Verbesserung der Tarifbindung würde die Löhne vieler Menschen in Leipzig deutlich verbessern, die Beschäftigten und Gewerkschaften stärken und Diskriminierung entgegenwirken, da Löhne, Urlaubstage, Weihnachts- sowie Urlaubsgeld kollektivrechtlich ausgehandelt werden.

Die Linke Sachsen setzt sich auf Landesebene seit vielen Jahren dafür ein, dass das Landesvergabegesetz entsprechend reformiert wird, um die Tarifbindung in Sachsen und somit neben den Löhnen auch die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten erheblich zu steigern. Trotz vieler Versprechungen seitens der SPD Sachsen, hat sie diese Reformpläne, auch in Regierungsverantwortung, nie durchgesetzt. In Leipzig haben wir andere Mehrheitsverhältnisse und eine starke Linke-Stadtratsfraktion. Daher sollten wir den Standard, den wir auf Landesebene wollen, für Leipzig durchsetzen. Als organisierende Klassenpartei sagen wir klar: Tarifvertraglich regulierte Arbeitsbedingungen und Entgelte sind das absolute Minimum an Mitbestimmung! Wenn der Haushalt nicht ausreicht, gilt es progressive Steuern konkret zu prüfen, wie sie historisch z.B. im roten Wien mit der Breitner'schen „Steuern auf Luxus und besonderen Aufwand“ durchgesetzt wurde.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A9: Die Linke als „organisierende Klassenpartei“ in der Arbeiter*innenklasse verwurzeln

Einreichende: Israel Encina, Jaël In 't Veld, Stefan Nagel, Jan Rottenbach, Paul Mermet, Johannes Schmidt, Tanja Bohlen, Stefan Heuer, AG Betrieb & Gewerkschaft

Unterstützende: Alexander Schmidt, Björn Höfer, Marco Hamann, Tammo Thyselius, Robby Aydin, Kai Knappik, Tjark Delfs, Kai Tischer, Lucie Hammer, Julia Aigner, Katja Wagner, Nicolas Rother

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Stadtvorstand (StaVo) unterstützt das Vorhaben der Bundespartei mit dem Ziel, Die Linke als organisierende Klassenpartei stärker in der Arbeiter*innenklasse zu verankern. Für den Stadtverband Leipzig bieten sich dafür insbesondere folgende Schritte an:

1. Arbeiter*innen erreichen und Arbeitskämpfe unterstützen

Der Stadtverband (SV) verstärkt die gezielte Ansprache von Arbeiter*innen bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen und unterstützt solidarisch Arbeitskämpfe der Gewerkschaften in Leipzig – unter anderem durch Anträge, Pressemitteilungen und öffentliche Aktionen.

Dabei könnte die politische Botschaft des SV Leipzig klar und sichtbar sein:

Wir, als Die Linke, sind organisierter Teil unserer Klasse – der Lohnabhängigen. Wir stellen uns gegen Sparpolitik, Prekarisierung und Ausbeutung und unterstützen die Kämpfe der Beschäftigten für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Damit verbindet sich die öffentliche Unterstützung konkreter Arbeitskämpfe mit einer langfristigen politischen Verankerung der Partei in den sozialen Auseinandersetzungen der Stadt. Um der anhaltenden Spaltung der Arbeiter*innenklasse entgegenzuwirken verstehen wir uns dabei als Brückenbauerin einer breiten linken Bündnispolitik.

2. Gewerkschaftliche Zusammenarbeit ausbauen

Der SV intensiviert die Abstimmung bei Sozialprotesten und antimilitaristischen Auseinandersetzungen mit den DGB-Gewerkschaften wie ver.di, IG Metall, EVG, IG BCE, IG BAU, NGG, GEW und der FAU. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei denjenigen gewerkschaftlichen Initiativen und Strukturen, die auf eine aktive Beteiligung ihrer Mitglieder und eine Ausweitung von Arbeitskämpfen setzen.

Die Zusammenarbeit könnte dabei über punktuelle Solidarität hinausgehen und stärker auf gemeinsame politische Aktivitäten, gegenseitige Unterstützung und kontinuierlichen Austausch ausgerichtet werden.

3. Mapping: Gewerkschaftliche und betriebliche Verankerung sichtbar machen

Der Bundesparteitag in Chemnitz hat im Mai 2025 beschlossen:

„Wir möchten Konzepte entwickeln, wie unsere Genoss*innen an ihrem Arbeitsplatz die Gewerkschaftsbewegung stärken können. Wir möchten eine betriebliche Praxis der Linken entwickeln und betrieblich aktive Mitglieder dazu ausbilden, ihre Gewerkschaftsstrukturen vor Ort zu unterstützen. [...] Um diese Strategie voranzutreiben wollen wir einen Überblick darüber gewinnen, in welchen Branchen unsere Mitgliedschaft arbeitet und diese dann gezielt einbinden.“

An diesen Ansatz könnte auch der Leipziger Stadtverband anknüpfen. In Abstimmung mit den Verantwortlichen für das bundesweite Mapping, der dafür eingesetzten UAG der BAG Betrieb und Gewerkschaft wird zunächst ein Überblick darüber gewonnen,

- in welchen Branchen und Betrieben Mitglieder des Stadtverbandes arbeiten,
- in welchen Gewerkschaften sie organisiert sind,
- wo und in welcher Rolle Mitglieder bereits gewerkschaftlich aktiv sind oder ob sie als Betriebs- oder Personalrät*in Mandatsträger*in im Betrieb sind,
- und in welchen Bereichen bislang eine starke und andererseits kaum eine gewerkschaftliche oder betriebliche Verankerung der Partei besteht.

Auf dieser Grundlage können Genoss*innen gezielt angesprochen und dabei unterstützt werden, sich in Gewerkschaften, Betriebsräten und anderen Mitbestimmungsstrukturen einzubringen.

Für die Koordination dieses Prozesses wird aus den freiwillig mitwirkenden Stadtbezirksverbänden (SBVs) jeweils eine verantwortliche Person benannt. Diese steht in regelmäßigem Austausch mit dem Stadtvorstand zum Schwerpunkt „Stärkung der Gewerkschaftsverankerung“. Die SBVs tragen Informationen über die beruflichen und gewerkschaftlichen Zusammenhänge ihrer Mitglieder zusammen und entwickeln daraus gemeinsam mit dem Stadtvorstand konkrete Schritte für eine stärkere betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung.

4. Bildungsarbeit zur organisierenden Klassenpartei

Der Stadtverband unterstützt und begleitet organisatorisch das Bildungsformat der AG Betrieb und Gewerkschaft zum Ziel „Organisierende Klassenpartei“.

Das Format wird nach Möglichkeit in allen SBVs und Basisorganisationen (BOs) des Stadtverbandes angeboten. Dadurch kann die Diskussion über die politische Ausrichtung der Partei in den verschiedenen Gliederungen geführt und zugleich ein gemeinsames Verständnis davon entwickelt werden, was eine organisierende Klassenpartei in der konkreten politischen Praxis bedeutet.

Aus der Diskussion heraus können anschließend gemeinsame und koordinierte Aktivitäten entstehen, die die betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung des Stadtverbandes Schritt für Schritt stärken.

5. Organisatorische Verankerung im Stadtvorstand

Im Rahmen von § 16 der Satzung wird das Politikfeld „Organisierende Klassenpartei und gewerkschaftliche Verankerung“ einem Stadt-Vorstandsmitglied oder einer Arbeitsgruppe des Stadtvorstands zugeordnet.

Zur Unterstützung der kontinuierlichen Arbeit dieser Arbeitsgruppe sollte der Stadtvorstand in der Geschäftsstelle beispielsweise ein Arbeitskontingent von bis zu acht Stunden monatlich einplanen.

Begründung:

Der Leitantrag des Bundesparteitags in Chemnitz vom Mai 2025 beschreibt es als eine „zentrale Aufgabe“, „sich in der Arbeiter*innenklasse zu verwurzeln“ und Die Linke zu einer organisierenden Klassenpartei weiterzuentwickeln. Mit dem Leipziger Stadtparteitag 2025 wurde bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Antrag A3 formulierte den Anspruch, die organisierende Klassenpartei fest in die politische Praxis des Stadtverbandes zu integrieren. Mit dem vorliegenden Antrag geht es darum, diesen Anspruch mit konkreten und kontinuierlichen Aktivitäten zu unterfüttern.

Eine solche Verankerung beginnt dort, wo Menschen ihre Arbeitskraft einsetzen und ihre Interessen gemeinsam organisieren: in den Betrieben, Dienststellen, Einrichtungen und Gewerkschaften. Gerade hier verfügt Die Linke in Leipzig über Möglichkeiten, ihre politische Praxis weiterzuentwickeln und neue Verbindungen zu Beschäftigten aufzubauen.

Dabei ist der Begriff Arbeiter*innenklasse bewusst weit gefasst. Gemeint sind alle Menschen, die einer beruflichen Tätigkeit nachgehen und ihren Lebensunterhalt überwiegend durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft bestreiten – unabhängig davon, ob sie im produzierenden Gewerbe, im Handel, in der Logistik, in personenbezogenen Dienstleistungen, in planenden und kreativen Berufen, in technischer Entwicklung, Forschung und Wissenschaft oder in Kunst und Kultur arbeiten.

Der Leitantrag des Bundesparteitags formuliert entsprechend den Anspruch: „Die Linke muss eine organisierende Klassenpartei werden“ und sich „als sozialistische Mitgliederpartei weiterentwickeln. (...) Wir haben den Anspruch, die Interessen unserer Klasse zu vertreten.“

Klasse bezeichnet dabei jene gesellschaftliche Gruppe, „die dazu gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten – also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft.“

Eine organisierende Klassenpartei erschöpft sich deshalb nicht darin, soziale Interessen parlamentarisch zu vertreten oder Solidarität mit Arbeitskämpfen zu erklären. Ihre besondere Stärke liegt darin, Sozialist*innen und Menschen unserer Klasse auch über den Betrieb und die Gewerkschaft hinaus miteinander zu verbinden, ihre Handlungsmöglichkeiten zu stärken und aus vereinzelt Erfahrungen kollektive politische Handlungsfähigkeit entstehen zu lassen sowie als Sozialist*innen organisiert in den gewerkschaftlichen Gremien zu wirken.

Für Die Linke bedeutet das, stärker dort präsent zu sein, wo soziale Konflikte entstehen und Menschen ihre Interessen organisieren: in Betrieben, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Nachbarschaften. Das vorgeschlagene Mapping schafft dafür zunächst einen Überblick über die vorhandenen Ressourcen und Erfahrungen innerhalb des Stadtverbandes. Bildungsangebote, gewerkschaftliche Zusammenarbeit und konkrete Unterstützung von Arbeitskämpfen können darauf aufbauen.

Der Antrag versteht sich damit weniger als einmalige Kampagne denn als Beginn eines längerfristigen Organisationsprozesses. Ziel ist eine Partei, die nicht nur über die Arbeiter*innenklasse spricht, sondern gemeinsam mit Beschäftigten handelt, ihre Kämpfe unterstützt und ihnen dabei hilft, selbst politische Wirksamkeit zu entfalten – im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft.

So kann Die Linke in Leipzig ihre gesellschaftliche Verankerung erweitern und zugleich ihrem eigenen Anspruch näherkommen, eine organisierende Klassenpartei zu sein.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A10: 30 Stellen für bezahlbares Wohnen und Unterstützung von Mieter*innen

Einreichende: Anna Bochmann, Bastian Boehme, Alexandra Dierks, Dido Lea Dimitroff, Helge Eisenberg, Dennis Fröbrich, Natalie Frühholz, Robert Gruner, Pierre-Marcelle Hasewend, Leonard Husmeier, Robin Imer, Leonard Jaenichen, Philippe Janes, Luise Klimesch, Tom Knapstein, Timo Kolfhaus, George Rainov, Julia Rattke, Hannes Reinhardt, Nora Scharbach, Luisa Scherer, Ramona Schmidt, Mai Schmigalle, Benjamin Sittig, Nina Tempelhoff, Kai Tischer, Benni Voigt, Jule Wagner

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig unterstützt die Forderung des Bürgereinwands zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Leipzig: „Die Stadt Leipzig schafft 30 zusätzliche Stellen für die Bekämpfung illegaler Mieten und für die Unterstützung von Mieter*innen rund um das Thema Mieten und plant diese verbindlich im städtischen Haushalt ein. So kann die Stadt rechtswidrige Mietpraktiken konsequent verfolgen, Mieter*innen beraten und für bezahlbares Wohnen sorgen. Wir wenden uns gegen einen Haushaltsplanentwurf, der diese dringend benötigten Stellen nicht vorsieht.“
2. Um eine tatsächliche Besetzung zu gewährleisten, sind neue Stellen ausdrücklich von der Stellenbesetzungsbremse auszunehmen. Etwaige Mehrkosten dürfen nur durch eine Erhöhung des Budgets des Dezernats Soziales, Gesundheit und Vielfalt gegenfinanziert werden, nicht durch Kürzungen in diesen Bereichen.
3. Die Linke Leipzig ruft ihre Mitglieder, Basisorganisationen und Mandatsträger*innen dazu auf, Unterschriften für den Bürgereinwand zu sammeln und an kommenden Kundgebungen im Stadtrat teilzunehmen.

Begründung:

Die Mieten steigen durch die Decke: Das ist das wichtigste kommunalpolitische Thema für Leipziger*innen. Doch die Gesetze, die Mieter*innen vor zu hohen Kosten schützen sollen, werden in Leipzig nicht umgesetzt. Immobilienkonzerne und Vermieter dürfen sich beim Zuhause der Leipziger*innen konsequenzlos illegal verhalten. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir das Tauziehen gegen die dreistesten und reichsten Immobilienkonzerne und Vermieter der Stadt gewinnen.

30 A. Anträge

Das betrifft nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern alle Mieter*innen der Stadt. Illegal überhöhte Mieten fließen in den Mietspiegel ein und treiben ihn nach oben, solange sie nicht abgesenkt werden. Wer illegale Mieten absenkt, senkt damit die ortsübliche Vergleichsmiete für die ganze Stadt und begrenzt, wie schnell auch alle anderen Mieten weiter steigen dürfen.

Während 70 Mitarbeiter*innen bei der Stadt Knöllchen für Falschparker verteilen, bearbeitet nur eine einzige Person im Wohnamt die zu hohen Mieten. Sie hat keine Chance, hinterherzukommen. Die Größenordnung folgt dabei der Bedarfsrechnung der Verwaltung selbst: Nach ihrem Fallzeitschlüssel sind allein für diese Aufgabe 16 Stellen nötig, um 1.000 Fälle zu bearbeiten (derzeit sind es schon über 500). Gegen mehr Personal wird häufig angeführt, die Stadt habe dafür kein Geld. Dabei könnten die zusätzlichen Stellen ein Plusgeschäft für die Stadt sein.

Obwohl überhöhte Mieten sehr häufig Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten sind, gab es in Leipzig weder jemals ein Bußgeld noch eine Strafe. Im Gesetz ist eine Geldbuße bis zu 50.000 Euro vorgesehen. Die Strafe muss laut Gesetz den illegalen Gewinn übersteigen und soll abschreckend wirken. Dieser Rahmen muss nur bei einem Bruchteil der Fälle bei Immobilienkonzernen ausgeschöpft werden, um die Kosten fürs nötige Personal im Wohnamt wieder in die Stadtkasse zu spülen. Vor allem aber kommt das Geld dort an, wo es hingehört: In Frankfurt am Main standen in mehreren Jahren rund 100.000 Euro an Bußgeldern rund 200.000 Euro zurückerstatteter Miete gegenüber, im Schnitt rund 6.300 Euro je Mietpartei.

Dazu kommt die weiterführende Beratung und Unterstützung von Mieter*innen. Wenn die Miete z.B. nur 10 bis 20 Prozent überhöht ist, können Mieter*innen sie bislang nur privat in der Auseinandersetzung mit dem Vermieter absenken. Viele trauen sich aber nicht ohne Rechtsschutz in die Auseinandersetzung. Gleiches lässt sich auch für die Abzocke bei Heizkosten oder viele andere Themen feststellen. Der Mieterverein fällt als Anlaufstelle weg, weil er schon länger keine neuen Mitglieder mehr aufnimmt. Deswegen braucht es eine städtische kostenlose Beratungsstelle mit Anwält*innen, die Mieter*innen dabei unterstützen.

Zum Schluss sei noch gesagt: Ein Beschluss allein senkt keine Miete – auch kein großer Bürgereinwand. Was ihn durchsetzt, sind organisierte Menschen, die sich öffentlich hinter eine populäre Forderung stellen und die Entscheidungsträger*innen in der Politik verantwortlich halten. Nimm einen Sammelbogen mit in deine Basisorganisation, sprich deine Nachbar*innen an und komm zu den Kundgebungen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A11: Keine Finanzierung von Tierleid durch Parteigelder

Einreichende: Franziska Kage, Alli Zahn, Noah Groß, Kai Knappik, Luca Doll, Georg Grünewald, Robby Aydin, Maximilian Luck

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Partei Die Linke Leipzig sowie ihre Untergliederungen sollen bei internen wie auch öffentlichen Veranstaltungen zusätzlich zu den bereits bestehenden Verpflichtungen zu ökologisch-nachhaltigen und fair produzierten Lebensmitteln, Vermeidung von unnötigem Verpackungsmüll und Umstellung von Werbemitteln auf faire, ökologische und klimafreundliche Alternativen, nur noch tierleidfreie / vegane Lebensmittel und Werbemittel durch Parteigelder finanzieren.

Begründung:

Auf der 1. Tagung des 7. Stadtparteitags der Partei Die Linke Leipzig am 26.09.2020 haben wir mit den Anträgen A7 und A8 bereits einen wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit gemacht. Auch ein gewisses Maß an tierleidfreien Alternativen soll demnach bereits auf allen Veranstaltungen angeboten werden. Doch auch ein ausgewogenes Angebot an omnivoren, vegetarischen und veganen Lebensmitteln (wie es derzeit gültige Beschlusslage ist), ist nur schwer mit dem selbst gesetzten Anspruch auf Nachhaltigkeit und fairer Produktion vereinbar. Tierische Produkte verursachen ein Vielfaches an Treibhausgasen, verbrauchen ein Vielfaches an Wasser und brauchen ein Vielfaches an Landfläche für die Produktion. Wenn es auch in Zukunft möglich sein soll, die Menschheit zu ernähren, ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu zerstören, müssen wir unsere Ernährung nachhaltig gestalten und in den Gebieten der Welt, in denen es möglich ist, tierische Produkte ersetzen.

Neben der Frage nach Nachhaltigkeit kommt noch hinzu, dass die Haltung, Ausbeutung und Schlachtung von Tieren ein unglaubliches Maß an Tierleid verursacht. Die allermeisten dieser Tiere leben und sterben unter grausamen Bedingungen. Viele Genoss*innen achten deshalb bereits darauf, den Konsum tierischer Lebensmittel zu reduzieren oder leben konsequent vegan. Das ist eine bewusste ethische Entscheidung, nicht für grausame Tierhaltungspraktiken und das Töten unschuldiger, fühlender Lebewesen mit verantwortlich sein zu wollen. Doch auch ihre Mitgliedsbeiträge werden immer wieder für die Finanzierung der Tierindustrie mitgenutzt und auch von ihnen wird immer wieder gefordert, sie sollen sich doch an Aktionen beteiligen, bei denen nicht vegane Schokolade, Würste, Butter oder ähnliches an Passanten verteilt werden. Dies führt regelmäßig zu Unmut oder Resignation bei vegan lebenden Genoss*innen, ließe sich aber so einfach vermeiden.

Wir denken, es wäre an der Zeit, die durch Massentierhaltung verursachte Umweltzerstörung und Tierquälerei nicht weiter durch Parteigelder finanziell zu unterstützen und für parteifinanzierte Lebens- und Werbemittel in Zukunft auf tierleidfreie / vegane Alternativen zurückzugreifen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A12: Keine Profite mit Blut und Tod – Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig

Einreichende: Tjark Delfs, Johannes Schmidt und Ariane Barth

Unterstützende: Tammo Thyselius, Felix Knorr, Julia Aigner, Katja Wagner, Franziska Kage, Gregor Clewing, Hendrik Frieling, Derya Kilicarslan, Clemens Elm, Mara Luise Günzel

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig spricht sich gegen Waffenlieferungen aus und setzt sich gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig und Umgebung ein. Der Stadtverband bekennt sich dazu, dass Leipzig nicht zum Knotenpunkt für Waffenproduktion, -transporte und -lieferungen wird und duldet weder, dass die öffentliche Hand, noch ansässige Unternehmen vom Töten profitieren!
2. In Anbetracht der Ankündigungen verschiedener Rüstungsunternehmen, sich in Leipzig, Sangerhausen und nahe dem Flughafen Halle/Leipzig anzusiedeln, beteiligt sich Die Linke Leipzig an Initiativen und Bündnissen, welche sich gegen Aufrüstung, Militarisierung und die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen sowie deren Zulieferern engagieren.
3. Die Linke Leipzig sieht sich als relevante und notwendige Kraft in den lokalen und überregionalen Friedensbewegungen sowie den Sozialprotesten. Statt auf Abgrenzung und Ausschluss werden verbindende und organisierende Instrumente genutzt, um die Kräfte aus den Sozialprotesten, der Mitgliedschaft, der Friedensbewegung und antifaschistischen Bündnissen zusammenzuführen und zu einen.
4. Der Stadtvorstand Die Linke Leipzig wird ausdrücklich beauftragt Proteste, Demonstrationen und außerparlamentarische Aktionen gegen Krieg, Aufrüstung und die Ansiedlung von Waffenunternehmen zu unterstützen und ruft zur breiten Beteiligung auf. Hoch die internationale Solidarität!
5. Die Linke Leipzig bittet all unsere Amts- und Mandatsträger*innen ihre parlamentarischen und öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten zu nutzen, um sich gegen Waffenlieferungen, die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig sowie Krieg auszusprechen und sich mit entsprechenden Initiativen und Bündnissen zu solidarisieren.
6. Die Linke Leipzig ist eine Friedenspartei und vertritt eine antimilitaristische Haltung. In diesem Kontext werden Debatten gefördert, welche ihren Fokus auf einer souveränen Bevölkerung haben, die in Krisen und im Kriegsfall selbst handlungsfähig bleibt und somit auf Selbstorganisation und Klassenbewusstsein setzt: Sicherheit sollte nicht als Frage des Gehorsams, sondern als eine kollektive Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und Krisen am meisten betroffen sind, verstanden werden.
7. Der Stadtvorstand Die Linke Leipzig sowie die Parteitagsdelegierten setzen sich auf Landes- und Bundesebene für Beschlüsse zu Abrüstung, Diplomatie und Frieden ein. In diesem Zusammenhang unterstützen die o. g. Personen Anliegen, die für die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie sowie deren Konversion zur Produktion von Gütern des Zivil- und Bevölkerungsschutzes eintreten.

Begründung:

Die Linke ist eine antimilitaristische Partei.

Sie setzt sich für Abrüstung, Diplomatie und Frieden ein. Denn wir sehen: Kriege werden immer auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen; Kriege werden für Kapitalinteressen geführt und breite Teile der Bevölkerung zahlen dafür mit Hab und Gut, schließlich auch mit Leib und Leben. Permanente und forcierte Aufrüstung, wie sie sich gegenwärtig in der BRD vollzieht, dient weder der Verteidigung der Demokratie noch dem Schutz der Bevölkerung eines Staates. Gegenwärtig vollzieht sich in Deutschland eine Entwicklung hin zum Militarismus.

Dies geht Hand in Hand mit enormen Kürzungen bzw. Streichungen finanzieller Mittel für unsere sozialen Sicherungssysteme, Vereine, Organisationen und kulturellen Einrichtungen. Betroffenen wird die materielle Grundlage für die Beteiligung an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens entzogen. Die Bundesregierung bewilligte Ende 2025 und Anfang 2026 für dieses Jahr Haushaltsausgaben für das Militär in Höhe von 524,5 Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu beschloss der Bundestag zum Jahresbeginn Ausgaben für die Entwicklung der Infrastruktur für die gesamte Bundesrepublik für dieses Jahr in Höhe von 58,1 Milliarden Euro. In der Summe ist jedoch der Beitrag der Kommunen und Länder enthalten.¹ Die Menschen, die in Deutschland und auch in Leipzig leben, sind somit erheblichen Sparmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit ausgesetzt.

Des Weiteren haben eine gesellschaftliche Verrohung, ein Rückschritt in der Entwicklung zur Gleichstellung der Geschlechter und die Einschränkungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten eingesetzt.

Mit dem Bekanntwerden der geplanten Ansiedlung eines Rüstungsunternehmens in Sangerhausen hat Die Linke vor Ort zu Protesten aufgerufen.² Kurze Zeit später wird bekannt, dass in Cochstedt ein Zentrum zur Drohnenabwehr angesiedelt werden soll.³ Die Linke Leipzig hat sich schon im August mit den Genoss*innen in Sangerhausen solidarisiert und ihren Protest unterstützt.

Sangerhausen ist nur 1,5 Stunden von Leipzig entfernt und wir haben erkannt, dass die Ansiedlung nah des Flughafens Halle/Leipzig kein Zufall ist. Sie fußt auf infrastrukturellen Gegebenheiten wie der Nähe zu Niedersachsen und somit gut ausgebildetem Personal aus der Automobilbranche. Dazu kommen kostengünstige Industrieflächen in einer strukturschwachen Region, welche die Rüstungsindustrie und politischen Verantwortungsträger*innen auf günstige Standortkonditionen und wenig Aufschrei aus der Bevölkerung hoffen lassen. Seit Jahren wird der Flughafen Halle/Leipzig für den Transport von Waffen und Rüstungsgütern genutzt. In Zeiten einer vermeidlichen „Verteidigungstüchtigkeit“ soll die Durchlaufquote am Drehkreuz für Rüstungsgüter und Militärwaren direkt vor unserer Haustür ausgebaut werden und trifft Leipzig nun direkt: Am 28. August wurde medial bekannt, dass auch Leipzig zukünftig Standort der Waffenproduktion werden soll.⁴

¹ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/07/2026-07-06-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2027.html>

² <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/mansfeld/stadtrat-stimmt-fuer-verhandlungen-100.html> und <https://www.jungewelt.de/artikel/522694.die-linke-kein-r%C3%BCstungsunternehmen-im-s%C3%BCdharz.html> und <https://www.zeit.de/news/2026-07/08/linke-kuendigt-protest-gegen-ruestungsplaene-in-sangerhausen-an>

³ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/drohnen-forschungszentrum-100.html>

⁴ <https://www.n-tv.de/wirtschaft/US-Firma-plant-wohl-Marschflugkoerper-Produktion-nahe-Leipzig-id31244526.html>

„Die Verteidigung“ ist seit längerem der Standard an Aufrüstungsbegründungen vieler Staaten. In diesem Zusammenhang werden hierfür Menschen auch im Ernstfall zwangseingezogen. Das wäre dann eine situative Legitimierung einer Wehrpflicht als langfristige Konsequenz, wenn die freiwillige Bereitschaft einer Bevölkerung sinkt sich in der Landesarmee zu betätigen. Das widerspricht unserer Beschlusslage und kann für uns keine Begründung für Aufrüstung sein.⁵

Im Regelfall verteidigt ein Staat seine Souveränität und legt wenig Wert auf das Leben und die Gesundheit seiner Bevölkerung, da sonst die meisten Staaten im Falle eines Angriffs die Kapitulation als bestes Schutzinstrument wählen würden. Entsprechend sind Argumente zum Schutz der freiheitlich demokratischen Ordnung oft vorgeschoben, da Staaten im Regelfall ihre eigenen Interessen und Wirtschaftsstellung in der Welt verteidigen und dafür bereit sind Menschen aus der Bevölkerung zu opfern.

Während die Regierung mit Hochrüstung auf Bedrohungen reagiert, wollen wir eine wehrhafte Gesellschaft aufbauen, die sich selbst schützt – gegen äußere Angriffe genauso wie gegen innere Krisen und autoritäre Entwicklungen. In diesem Zusammenhang braucht es eine progressive Antwort auf die bestehende Sicherheitspolitik. Nicht die Militarisierung der Gesellschaft, sondern die Stärkung der Gesellschaft selbst steht im Zentrum. Sicherheit nicht als exklusive Aufgabe eines (autoritären) Staates und seiner Armee, sondern als eine kollektive Verantwortung, die in die gesamte Gesellschaft hineinwirkt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Frage stellen, ob der einzige Weg einer souveränen Bevölkerung sich zu verteidigen in der Bereitstellung einer Verteidigungsarmee liegt.

Der Spielraum für eine linke Sicherheitspolitik jenseits von Militarismus ist größer als oft angenommen. Die Verteidigung einer Gesellschaft beginnt nicht mit Kampfjets und Waffen, sondern mit funktionierenden Krankenhäusern, stabilen Versorgungsnetzen, organisiertem Katastrophenschutz und einer Bevölkerung, die in Krisen selbst handlungsfähig bleibt. Eine linke Sicherheitspolitik kann genau hier ansetzen. Die Debatte kann somit aktiv von links gestaltet werden, anstatt sie anderen zu überlassen.

Die Interessen der kommenden Generationen dürfen nicht in einem Wettlauf um die Kriegstauglichkeit oder auch militärische Verteidigungsfähigkeit der Bevölkerung geopfert werden. Zwangsdienste und paramilitärische Erziehung sind kein Konzept für eine freie Gesellschaft. Unser Fokus sollte stattdessen auf Selbstorganisation und Klassenbewusstsein liegen: Sicherheit nicht als Frage des Gehorsams, sondern der kollektiven Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und Krisen am meisten betroffen sind.

Das US-Rüstungsunternehmen Covenant will Insidern zufolge ab 2027 in der Nähe von Leipzig die Produktion von Mittelstrecken-Flugkörpern aufnehmen. Das können wir nicht dulden und müssen all unsere Kräfte bündeln, um Widerstand zu organisieren. Entsprechend müssen wir als Partei und Genoss*innen in all unseren Wirkungsbereichen öffentlichkeitswirksam uns gegen Krieg, Aufrüstung und die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in, um und in der unmittelbaren Nähe zu Leipzig einsetzen.

Mit der Bündelung und Mobilisierung unserer linken Kräfte können wir ein klares Zeichen gegen Aufrüstung und Militarisierung zeigen und nochmals verdeutlichen: Es reicht! Während die Bundesregierung einen vermeintlichen Sachzwang auf unseren Rücken auslebt,

⁵ <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/gegen-eine-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-und-anderer-zwangsdienste-fuer-die-selbstbestimmung-der-jugend/>

zeigt sich eines klar: Bei der Aufrüstung sind sie fix, aber für Bildung, Gesundheit und Soziales tun sie einfach nix!

Wir müssen bei unseren Protesten gegen den sozialen Kahlschlag die Themen Aufrüstung und Militarisierung mitdenken und immer wieder verdeutlichen, dass die Angriffe auf Arbeiter*innenrechte und den Sozialstaat bei zeitgleicher Neuverschuldung für Rüstung und Kriegstauglichkeit erfolgen und diese Sachverhalte nicht getrennt voneinander betrachtet werden können.

Vor diesem Hintergrund möge der Stadtverband Die Linke Leipzig seine Solidarität als stärkste Waffe verdeutlichen und sein Engagement gegen Aufrüstung und für Frieden in Bündnissen, Initiativen und verschiedenen Protesten sowie deren Unterstützung demonstrieren, um der realen Aufrüstungsmaschinerie in unserer Stadt und unserem Land ein starkes Zeichen des Widerstandes entgegenzusetzen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A13: Bekenntnis der Linken Leipzig zur feministischen Erneuerung

Einreichende: Ariane Barth, Johanna Schönborn und Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Der Stadtparteitag bekennt sich zum Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt sowie zum Beschluss P13 „Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE“.⁶
2. In diesem Zusammenhang erkennt der Stadtverband die kollektive Verantwortungsübernahme sowie die Transformative Gerechtigkeit als grundlegende Begriffe unseres feministischen Anspruchs an und ermutigt alle Strukturen im Sinne dieser Begriffe zu einem Umgang und eine Parteikultur zu organisieren, die Betroffene nicht alleine lässt, Vorkommnisse nicht verschweigt oder runterspielt und ausübende Personen im Sinne unseres Leitfadens Verantwortung für ihr Handeln tragen lässt, ohne Struktur- oder Täterschutz zu betreiben.
3. Der Stadtparteitag erkennt, dass wir in der Umsetzung unseres feministischen Grundkonsenses insbesondere im Bereich der Transformativen Arbeit inhaltliche und strukturelle Defizite haben. Aus diesem Grund wird der Stadtvorstand beauftragt eine Analyse unserer Strukturen zu Wissens- und Schulungsstand durchzuführen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um sog. Transformative Arbeitsgruppen einzurichten.

⁶ Beides sind Beschlusslagen der BPT aus 2022 und 2023: <https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/> sowie <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/erfurter-parteitag-2022/live/detail/den-grundkonsens-erneuern-fuer-eine-feministische-linke-1/>

36 A. Anträge

4. In diesem Zusammenhang wird die betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit bei knappen Ressourcen und Kapazitäten prioritär fokussiert und abgedeckt.

5. Aus diesem Grund begrüßt der Stadtparteitag die Entscheidung des Stadtvorstandes aus dem März 2026, ein Budget für zum Beispiel Honorare, Schulungs- und Weiterbildungsangebote sowie zur Beanspruchung von parteiinterner oder externer Beratungsangebote für die Vertrauensgruppe einzurichten. Dieses soll in zukünftigen Finanz- und Haushaltsplanungen Berücksichtigung finden.

6. Der Stadtparteitag stellt fest, dass die feministische Erneuerung unseres Stadtverbands in den letzten zwei Jahren Fortschritte erreicht hat. Der Stadtverband dankt allen Strukturen und Mitgliedern, die sich aktiv beteiligen, unserem feministischen Anspruch gerecht zu werden und erkennt ihre Arbeit insbesondere im Rahmen der betroffenenzentrierten Unterstützungsarbeit an.

Begründung:

Unser Stadtverband wird größer, vielfältiger und bunter. Damit kommen verschiedenste Lebensgeschichten, Erfahrungen und Perspektiven zusammen und wir müssen unsere Räume für Parteiarbeit und Veranstaltungen neu denken.

Insbesondere in Leipzig arbeiten wir aktuell an der Schaffung und Gestaltung von nachhaltigen Awareness-Strukturen, um unsere Parteiräume und -arbeit sicher zu gestalten.

Die Partei Die Linke ist eine feministische Partei. Mit diesem Anspruch haben wir nach #LinkeMeToo unseren Grundkonsens in dieser Hinsicht erneuert und entsprechende Strukturen und Prozesse zum Umgang mit grenzüberschreitendem Verhalten und sexistischer Gewalt geschaffen.

Mit dem Beschluss im Jahr 2023 wurden entsprechend zwei Begriffe geprägt und für unsere Partei als konzeptionelle Grundlage festgelegt: die kollektive Verantwortungsübernahme und die Transformative Gerechtigkeit.

Das Konzept der kollektiven Verantwortungsübernahme wurde von INCITE! geprägt, einem im Jahr 2000 gegründeten Netzwerk radikaler Feminist*innen of Color aus den USA. INCITE! nennt die folgenden vier Elemente als grundlegende Bestandteile (Grundpfeiler) des Konzepts. Sie gehören zusammen, d.h. sie können nicht einzeln angewendet werden:

1. kollektive Unterstützung, Sicherheit und Selbstbestimmung für betroffene Personen (siehe Leitfaden 2.1.: Arbeit mit der betroffenen Person: Unterstützung von Personen, die von sexistischer Gewalt betroffen sind; Förderung ihrer Selbstbestimmung);
2. Verantwortung und Verhaltensänderung der gewaltausübenden Person (siehe Leitfaden 2.2.: Arbeit mit der der Gewalt beschuldigten Person: Verantwortungsübernahme durch die gewaltausübende Person und Verhaltensänderung);
3. Entwicklung der Community hin zu Werten und Praktiken, die gegen Gewalt und Unterdrückung gerichtet sind (siehe Leitfaden 2.3.: Arbeit in und mit der betroffenen Struktur: Maßnahmen innerhalb der Organisation, die Haltungen und Verhaltensweisen stärken, die sich gegen Sexismus und sexistische Gewalt richten);
4. strukturelle, politische Veränderungen der Bedingungen, die Gewalt ermöglichen (siehe Leitfaden 2.4.: „Alle Verhältnisse umwerfen“: Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, denen die Gewalt entspringt).

Da die genannten Grundpfeiler nicht einzeln angewendet werden können, ist eine Awareness-Haltung im Kern eine Grundvoraussetzung für die Anwendung von Transformativer Gerechtigkeit (TG) bzw. kollektiver Verantwortungsübernahme in Fällen von Gewalt.

In den letzten Jahren hat unsere Partei eine feministische Erneuerung eingeleitet und entsprechend der o. g. Beschlüsse u. a. Vertrauenspersonen als unabhängige Anlaufstellen für Betroffene eingerichtet und strukturell entsprechende Maßnahmen auch in Leipzig getroffen (z. B. Spezifizierung des Profils der Vertrauenspersonen, Satzungsänderungen, um Vertrauenspersonen in ihrer Tätigkeit zu bestärken, Schulungs- und Vernetzungsangebote ermöglicht und ein Budget für die Vertrauenspersonen eingerichtet). Das sind elementare Schritte, um die betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit und damit den Schutz von Betroffenen zu stärken. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Vertrauenspersonen ausschließlich für die Unterstützung von Betroffenen zuständig sind.

Doch um Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt zu begegnen ist es auch sinnvoll, mit den gewaltausübenden Personen umzugehen. Einen bewussten Umgang gibt es oft nicht. Das führt teilweise dazu, dass nicht gehandelt wird, dass nichts passiert und das hat oft zur Folge, dass die betroffenen Personen sich zurückziehen. Stille Ausschlüsse finden statt. Im Rahmen unserer Parteiarbeit ist die Transformative Arbeit und deren strukturelle Ausgestaltung ebenfalls eine wenig berücksichtigte Fehlstelle. Entsprechend gibt es Wissenslücken, es gibt keine Begleitung der Verhaltensänderung und der Reflektionsprozesse und teilweise ergeben sich schwere Fehler, welche insbesondere den Schutz der Betroffenen und ihre Wünsche unberücksichtigt lassen.

Doch aktives Handeln umfasst neben betroffenenzentrierter Unterstützungsarbeit und Prävention auch den Umgang mit gewaltausübenden Personen.

In zwei Veranstaltungen im Jahr 2026 haben wir mit Ann Wiesental uns dem Thema gewidmet und wollen nun von der Theorie in die Praxis schreiten. In einer Lesung sowie in einem ersten Workshop wurde deutlich, dass Transformative Arbeit nicht nebenbei und wie die Betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit den Schutz und das Wohl der Betroffenen im Fokus hat und ihr Einverständnis benötigt und nicht an dieser vorbei erfolgen kann. Des Weiteren ist der Wille der ausübenden Person notwendig, in einem ersten Schritt ist die Anerkennung der Betroffenenperspektive und die Akzeptanz der Benennung eine Grundlage.

Ann Wiesental hat 2007 den Awareness Ansatz in Deutschland initiiert. Sie ist aktiv in queer-feministischen und sozialen Bewegungen. Sie unterstützt Betroffene von Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt und macht Transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen. 2021 gründete sie zusammen mit anderen Awareness Gruppen das Awareness Institut (<https://awareness-institut.net/>). Im Unrastverlag erschien von ihr „Antisexistische Awareness – Ein Handbuch“, 2017 und RESPONS „Was tun bei sexualisierter Gewalt? – Handbuch für die transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen“, 2018 und „Haltung zeigen – Awareness als Antwort auf Diskriminierung und Gewalt“, 2025.

Zur Umsetzung wurden in den Veranstaltungen die Einrichtung von transformativen Arbeitsgruppen (TA-Gruppen) spezifisch betrachtet. Die Einrichtung von diesen Gruppen beansprucht verschiedene Ressourcen. Insbesondere in unserer Partei gibt es verschiedene Gliederungen und Strukturen, welche bei der Beteiligung und der Einrichtung von TA-Gruppen nicht außer Acht gelassen werden darf. Entsprechend sind personelle Ressourcen an geschulten Freiwilligen, mindestens in den SBVen, notwendig, da die TA-Arbeit in so einer Gruppe Monate bis zu eineinhalb Jahre beanspruchen kann und das Umfeld aktiv verschiedene Rollen abdecken muss: Unterstützung der Betroffenen, TA-Arbeit, Moderation des Prozesses im Umfeld. Aus diesem Grund wäre die Berufung/Benennung einer Gruppe für Transformative Arbeit mit einer Zahl X an Personen ein erster Schritt (ähnlich wie die

38 A. Anträge

Berufung der Vertrauenspersonen/-gruppe), aber kann nicht langfristig die Lösung sein, um die Kerngedanken der kollektiven Verantwortungsübernahme umzusetzen und selbstwirksame Organisationsentwicklung zu gestalten. Des Weiteren benötigt es insbesondere finanzielle Ressourcen, um Schulungen oder externe Begleitungen (Supervisionen oder Beratungen) von Fachberatungsstellen o. Ä. einzuberufen.

Nach Rückmeldung aus dem Bildungsangebot, wäre Die Linke, neben der IL, die erste Organisation, die TA-Gruppen bildet. Das wäre ein elementares Zeichen für die linke Szene generell und Die Linke Leipzig hätte damit eine Möglichkeit führend und in eine Vorreiterrolle zu gehen. Zudem können wir nur aktiv den Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt umsetzen und damit unsere feministische Erneuerung vorwärtsbringen, wenn wir diesen Aspekt des Konzepts auch strukturell sichern.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A14: Aufwandsentschädigung für die*den Vorsitzende*n

Einreichende: Nina Treu und Christoph Sedlaczek

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die*Der Vorsitzende(n) von Die Linke Leipzig erhalten für seine/ihre Tätigkeit als Vorsitzende für Die Linke Leipzig monatlich eine Aufwandsentschädigung. Diese ist maximal so hoch wie die eines Minijobs (Stand August 2026: 603€/monatlich). Jede*r Vorsitzende kann dies abrufen oder ablehnen, es bedarf dazu keines weiteren Beschlusses des jeweiligen Vorstands.

Finanzierung:

Kosten jährlich	Gegenfinanzierung
603€ Arbeitnehmerbrutto monatlich = 7.236 € jährlich pro Person Arbeitgeberbrutto: ca. 200€/monatlich zusätzlich (Abgaben abhängig von Lohnsituation der jeweiligen Person) ca. 9.500€ jährlich pro Person	SV Leipzig: ca. 9.500 Euro
Summe: ca. 9.500 Euro pro Vorsitzende*r max. 20.000 € jährlich	Summe: ca. 9.500 Euro pro Vorsitzende*r max. 20.000 € jährlich

Begründung:

Die Linke Leipzig ist der größte Kreisverband von Die Linke bundesweit. Es gibt hier mehr zu

tun als in manchen Landesverbänden. Gleichzeitig hat die Geschäftsstelle dauerhaft nur zwei bezahlte Mitarbeiter. Die*Der Vorsitzende(n) von Die Linke Leipzig haben feste Aufgaben, die regelmäßig anfallen und über die durchschnittliche Tätigkeit als Beisitzer*in hinausgehen. Dazu gehören

- Dienstberatung (2h/Woche)
- Vor- und Nachbereitung der Stadtvorstands- und OV-Sitzungen (ca. 2h/Woche)
- Unterzeichnung von Verträgen, Buchungen etc. (1-2h/Monat)
- Vertretung von Die Linke Leipzig bei Beratungen mit unterschiedlichen Strukturen der Partei auf Stadt-, Landes- und Bundesebene (ca. 5-20h/Monat)
- Kommunikation mit Mitgliedern und Strukturen (ca. 3-5h/Woche)
- Mitarbeiter*innen-Koordination (Ausschreibungen, Auswahlgespräche, Monitoring, Feedback-Gespräche, Klausuren...) (punktuell, ca. 10-30h/Jahr)
- Leitung des Wahlstabs während des Wahlkampfs (dann 5-10h/Monat)

Wir finden, dass diese Tätigkeiten, die über das durchschnittliche Maß der Stadtvorstandsmitglieder hinausgehen, eine Aufwandsentschädigung verdienen. Wir hoffen, das Amt der Vorsitzenden damit attraktiver zu machen. Es ist offensichtlich, dass dies nötig ist, weil sich die Suche nach eine*r zweite*n Vorsitzende*n zur Mindestquotierung gerade und auf absehbare Zeit schwierig gestaltet.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

S01: Anzeigen von Abhängigkeitsverhältnissen**Einreichende:** Franziska Kage**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

In der Satzung der Partei Die Linke Leipzig soll bei § 11 unter 1. folgender Absatz ergänzt werden:

Mitglieder der Partei Die Linke Leipzig, die in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur Partei oder zu einer/einem Abgeordneten oder einer Fraktion der Partei stehen, zeigen dies bei ihrer Kandidatur an.

Begründung:

Der Absatz soll zur einfacheren Auffindbarkeit aus der Bundessatzung § 19 Absatz 5 übernommen werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

S02: Anzeigen von Ämtern und Mandaten

Einreichende: Franziska Kage

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

In der Satzung der Partei Die Linke Leipzig soll bei § 11 unter 1. folgender Absatz ergänzt werden:

Mitglieder der Partei Die Linke Leipzig, die bereits andere Ämter und/oder Mandate innerhalb der Partei ausüben, zeigen dies bei ihrer Kandidatur an.

Begründung:

Unsere Partei hat sich in den letzten zwei Jahren mehr als verdoppelt. Wir haben deshalb in den kommenden Jahren die Möglichkeit, unsere Partei, all ihre Organe und alle damit einhergehenden Aufgaben auf mehr Schultern zu verteilen. Dies sollten wir nutzen, um unerfahrenere Genoss*innen gezielt auch an Vorstandsarbeit heranzuführen.

Dementsprechend sollten wir versuchen, unsere Gremien möglichst breit aufzustellen und Ämterhäufung wenn möglich zu reduzieren bzw. zu vermeiden.

Hinzu kommt, dass bei der Ausübung mehrerer Funktionen durch eine Person Interessenkonflikte entstehen können, die durch die Arbeit der verschiedenen Gremien bedingt sind. Diese Konflikte können die Zusammenarbeit innerhalb der Gremien beeinträchtigen und sich negativ auf den Zusammenhalt in der Partei auswirken.

Es soll selbstverständlich weiterhin möglich sein, Menschen auch in mehrere Ämter und Mandate hineinzuwählen. Die Veränderung dient der Bekanntmachung bestehender Verpflichtungen vor der Wahl, damit der Parteitag eine informierte Entscheidung treffen kann.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Hinweis:

Der Stadtvorstand der Leipziger Linken wird auf seiner Sitzung am 8. September 2026 eine Verfahrensweise abstimmen, damit sich Genoss*innen bis zum Änderungsantragsschluss - am 20. September 2026 - als weitere Unterstützer*innen der Anträge einbringen können.

Johannes Schmidt



35 Jahre
Kandidatur als
Vorsitzender

Liebe Genoss*innen, „Eure Ordnung ist auf Sand gebaut“ – schrieb Rosa Luxemburg 1919 einst an die Herrschenden ihrer Zeit. Jedoch sollten auch wir uns selbstkritisch dieser Frage stellen: Denn worauf steht eigentlich unsere?

Die Linke Leipzig ist nicht mehr die Partei von 2020, als einige von euch mir erstmals das Vertrauen als stellv. Vorsitzenden schenkten. Sie ist auch nicht mehr die von 2024, als ich Teil der ersten Doppelspitze unseres Stadtverbandes werden durfte. Mit über 5.000 Genoss*innen hat sich unsere Basis seit 2024 mehr als verdoppelt – seit 2020 weit mehr als verdreifacht. Unsere Partei wurde dabei nicht nur größer, sondern auch: solidarischer, rebellischer, (Macht-)kritischer und auch selbstbewusster. Und es ist gut, dass sie offener als zuvor die Debatte sucht, uns gewählten Gremien und Funktionsträger*innen kritisch-solidarisch auf die Finger schaut sowie mit Gehaltsdeckel und Mandatszeitbegrenzung striktere Erwartungen einfordert. Unser Auftrag als Vorstände und Mandatsträger*innen sollte sein, eine Orga-

nisation sowie Arbeits-, Debatten- und Fehlerkultur zu entwickeln, die zu unseren Mitgliedern passt. Und nur eine Partei, die ehrlich mit sich ist, die eigenen Schwächen und Fehler kennt und offen benennt, kann diese beheben.

Viele unserer Strukturen lasten derzeit auf zu wenigen Schultern, ungelöste Konflikte kosten Kraft und neue Wege der Demokratisierung wurden erst begonnen. Auf der anderen Seite warten in unseren Reihen – und darüber hinaus – Tausende Genoss*innen, ihre Rolle im Klassenkampf von unten zu finden. Dafür möchte ich mit euch eine organisierende Klassenpartei entwickeln.

Wir organisieren uns mit unseren Kolleg*innen, von Musterungsbriefen bedrohten Freund*innen und von Wuchermieten betroffenen Nachbar*innen – das ist unsere Aufgabe, liebe Genoss*innen! Doch diese können wir nur gemeinsam meistern.

Meldet euch bei Fragen sehr gern bei mir:

johannes.schmidt@dielinke-leipzig.de

Uwe Fiedler



39 Jahre
Kandidatur als
stellv. Vorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Uwe Fiedler und ich kandidiere für eine weitere Amtszeit als stellvertretender Stadtvorsitzender. Als ich vor zwei Jahren erstmals kandidiert habe, stand Die Linke bundesweit unter Druck. Leipzig war bereits eine starke Ausnahme, mit rund 2.000 Mitgliedern. Heute ist Die Linke zurück im Bundestag, Leipzig mit über 5.000 Mitgliedern der mitgliederstärkste Stadtverband und Sören Pellmann hat sein Direktmandat verteidigt. Ein großer Erfolg – aber kein Grund, sich zurückzulehnen.

Denn jetzt entscheidet sich, was wir aus dieser Stärke machen. Als stellvertretender Stadtvorsitzender, im Stadtbezirksverband Leipzig-Ost und als Wahlkreismitarbeiter von Sören habe ich daran gearbeitet, dass Partei nicht nur zu Wahlen sichtbar ist.

Haustürgespräche, Infostände, Sozialsprechstunden, Kinder- und Sommerfeste,

dauerhafte Küfa-Angebote – das sind für mich keine Wahlkampfkulisse, sondern konkrete Formen linker Organisation. Unsere Antwort ist Organisation, nicht Verwaltung.

Diese Praxis müssen wir jetzt in alle Stadtteile tragen, auch in die, die noch nicht unsere Hochburgen sind. Nur eine Linke, die im Alltag präsent ist, kann der Spaltung von oben etwas entgegensetzen – der AfD, die von den eigentlichen Verursachern sozialer Not ablenkt, und dem Immobilienkapital, das mit Mieten Profite macht, wo Menschen ein Zuhause brauchen.

Deshalb will ich mich weiter dafür einsetzen, Skadi Jennicke auf dem Weg zur Oberbürgermeisterin zu unterstützen und für bezahlbare Mieten in Leipzig zu kämpfen – bis zur OBM-Wahl 2027 und darüber hinaus. Ich freue mich auf euer Vertrauen. Danke.

Robby Aydin



35 Jahre
Kandidatur als
Schatzmeister

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Mitgliedschaft hat sich seit der Bundestagswahl verändert. Viele sind in der Hoffnung eingetreten, der Faszisierung etwas entgegenzusetzen und ihre eigene Ohnmacht überwinden zu können. Mit dem Ausbau konkreter Hilfsangebote, der Entstehung neuer Arbeitsgemeinschaften und Basisorganisationen sowie einem Anstieg der Aktivität in der Basis allgemein haben sie den Grundstein gelegt, neue Wege im Kampf um Klassenmacht zu gehen – wie es die Genossinnen und Genossen in der Mietenkampagne oder den Sozialprotesten versuchen.

Wir erleben einen Moment, in dem der Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiterinnenbewegung einen gesellschaftlichen Aufschrei erzeugt, den wir nutzen müssen. Ich möchte im Stadtvorstand dazu beitragen, innerhalb unserer Organisation die

Rahmenbedingungen zu schaffen, um aus diesem Moment und der neu gewonnenen Handlungsmacht organisierende Klassenmacht von unten aufzubauen. Unsere Genossinnen und Genossen müssen eine Partei der Lohnabhängigen hinter sich wissen, die es wagt, politische Orientierung in ihre Klasse zu geben. Dabei müssen wir uns wieder mehr als Teil eben jener sozialen Bewegungen verstehen und uns innerhalb unserer Klasse verankern!

Mein Name ist Robby Aydin (er/ihm), ich bin 34 Jahre alt und habe mich in den letzten Jahren besonders im Vorstand von Leipzig-Mitte und in der stadtweiten Neumitgliederarbeit eingesetzt. Aufgrund meiner Erfahrung aus der Vorstandsarbeit mit den Finanzen des Stadtverbandes und der Budgetverantwortung aus meiner Betriebsratstätigkeit kandidiere ich zusätzlich für die Funktion des Schatzmeisters.

Franziska Riekewald



46 Jahre
Kandidatur als
Schatzmeisterin

Liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten zwei Jahren als Schatzmeisterin habe ich erlebt, wie unsere Partei wächst. Mehr Mitglieder bedeuten u.a. mehr Beiträge und damit größere finanzielle Spielräume. Das ist eine große Chance. Aber es bedeutet auch mehr Verantwortung bei der Verwaltung. Gerade dort, wo Strukturen wachsen, und über mehr Geld entschieden wird, muss diese Macht transparent, nachvollziehbar und demokratisch kontrolliert ausgeübt werden.

Finanzen sind die Grundlage dafür, dass wir politisch handeln können. Das Geld muss dort ankommen, wo unsere politische Arbeit stattfindet. Bei unseren SBVs, AGs und IGs. Ganz konkret heißt das für mich:

- Küfas und Infostände, die nicht am Geld scheitern. Lebensmittel, Flyer, Infomaterialien sind für die SBVs und AGs ausreichend verfügbar.
- Busse zu Demonstrationen. Die Mitfahrt soll nicht vom eigenen Geldbeutel abhängig sein.

- Planbare Budgets für Veranstaltungen und Aktionen vor Ort, über deren Verwendung die Strukturen selbst entscheiden.

Mehr Mitglieder heißt, dass mit uns noch mehr Menschen gemeinsam für Veränderung kämpfen. Unsere Aufgabe muss es sein, sie einzubinden, unsere Strukturen zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv einzubringen. Trotzdem müssen wir finanziell solide und nachhaltig wirtschaften. Ich möchte meinen Teil dazu beitragen. Deshalb möchte ich meine Arbeit fortsetzen und bewerbe mich erneut als Schatzmeisterin. Ich habe Betriebswirtschaft studiert und bin Geschäftsführerin eines Vereins, der sich für Menschen mit Behinderung einsetzt. Auch hier gehört es zu meiner täglichen Arbeit mit begrenzten Mitteln umzugehen und das Beste für unsere Klienten zu erreichen.

Ich bitte euch am 04.10.2026 beim Stadtparteitag um eure Stimme. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass aus unserem Wachstum mehr politische Durchsetzungskraft entsteht. Für Fragen könnt ihr euch gerne an mich wenden.

Ariane Barth



34 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Unsere Partei und Gesellschaft durchlaufen elementare Veränderungsprozesse. Sozialer Kahlschlag, Mieterhöhungen und Teuerungen, Aufrüstung und Militarisierung prägen unsere Zeit. Gleichzeitig wachsen Angst und Ohnmacht und befeuern den gesellschaftlichen Rechtsruck. Für mich ist klar: Als Linke dürfen wir nicht nur reagieren – wir müssen Menschen zusammenbringen, organisieren, handlungsfähig machen und für ein gesellschaftliches Klassenbewusstsein eintreten. Auch Die Linke Leipzig ist in Bewegung. Tausende Neumitglieder haben unsere Stadtpartei mit neuen Ideen, Perspektiven und Energie bereichert. Diese Kraft möchte ich stärken, denn unser Potential liegt in unseren Mitgliedern. Wir müssen verschiedene Bewegungen verbinden und Synthesen schaffen, in denen Menschen sich einbringen, diskutieren und hierbei die Rolle der Partei neu denken – auch ohne Amt und Funktion. Seit 2024 bin ich Mitglied des Stadtvorstands. Viele kennen mich aus der Awareness- und Neumitgliederarbeit. Wir haben hunderte Neu-

mitglieder begrüßt, begleitet und beraten, Awarenesskonzepte entwickelt und Instrumente zur Neumitgliederaktivierung erarbeitet. Teil davon zu sein, ist nicht nur eine Aufgabe, sondern ein Privileg und Zeichen eures Vertrauens. Die wachsende Zahl von Anträgen auf unseren Stadtparteitagen zeigt: Unsere Mitglieder wollen gestalten und sich beteiligen. Darauf möchte ich aufbauen. Wir brauchen mehr Transparenz bei Verfahren und Wissensweitergabe, um die selbstwirksame Organisationsentwicklung zu ermöglichen. Insbesondere die feministische Erneuerung und Nachwuchsgewinnung hat noch große Aufgaben inne. Eine lebendige Mitgliederpartei darf Wissen und Einfluss nicht bei wenigen konzentrieren, sondern muss Menschen befähigen, selbst aktiv zu werden. Deshalb kandidiere ich erneut für den Stadtvorstand. Ich möchte Verantwortung übernehmen, Lösungen erarbeiten und Rahmenbedingungen schaffen, damit aus unseren Beschlüssen konkretes Handeln wird und Mitglieder aktiv werden wollen.

Jessica Herrmann



29 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Ich bin auf dem Thüringer Land aufgewachsen, in einem Ort, in dem der Bus Freitagnachmittag das letzte Mal fährt und Montagmorgen wiederkommt. Ich bin die Erste in meiner Familie an der Uni und habe neben Abitur und Studium mehrere Jahre an der Kasse gearbeitet. Im Studium habe ich schnell gespürt, was soziale Herkunft bedeutet: Ich saß als fast einziges Arbeiterkind in einem Juraseminar voller Akademikerkinder. Während andere neben dem Studium nicht arbeiten und nicht auf eine Antwort vom BAföG-Amt warten mussten, wusste ich selbst zu Semesterbeginn oft nicht, wie ich meine Miete bezahlen sollte, weil das Amt sich nicht meldete und gleichzeitig Semestergebühren fällig waren. So wurde aus Frust politische Wut und 2017 bin ich schließlich zur Linken gekommen. Seitdem versuche ich, Partei und Bewegung zu verbinden. Diese Erfahrungen prägen meine Ziele für den Stadtvorstand: Ich möchte mehr Beteiligung und Entscheidungsmöglichkeiten für die Basis. Wir Mit-

glieder müssen frühzeitig wissen, worum es geht, wie wir uns einbringen und mitentscheiden können. Dabei müssen wir wieder mehr miteinander statt übereinander reden. Unterschiedliche Meinungen gehören zu einer sozialistischen Mitgliederpartei. Sie sollten uns nicht trennen, sondern uns produktiv voranschreiten lassen. Auch ich merke immer wieder, wie sehr ich davon profitiere und meine Überzeugungen sich weiterentwickeln. Im Stavo möchte ich strategisches Vorgehen und Organizing stärker in der Parteiarbeit verankern. In den vergangenen Jahren habe ich Organizing-Schulungen besucht und Kampagnen mit vorbereitet und durchgeführt. Dabei habe ich erlebt, dass politische Arbeit erst dann richtig stark wird, wenn Menschen selbst aktiv werden und Handlungsmacht aufbauen. Genau daran möchte ich im Stadtvorstand arbeiten: an einer Linken, die ihre Basis ernst nimmt, Menschen organisiert und politische Entscheidungen gemeinsam entwickelt.

Julia Kaiser



31 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Ich bin Julia, 31 Jahre alt und seit vielen Jahren Teil der Leipziger Linke. Als Teil des derzeitigen Stadtvorstands habe ich viel positives und herausforderndes erlebt: Neben starkem, wunderbarem Mitgliederwachstum, hatten wir es mit zahlreichen Kriegen, zunehmenden Sozialkürzungen und einer Faschisierung der Gesellschaft zu tun. Uns als Vorstand kamen in diesem Zuge zahlreiche Aufgaben zu: Wir mussten politische Projekte entwickeln, in denen sich unsere Mitglieder ohne große Hürden einbringen können, Veranstaltungen zur politischen Lage konzipieren oder über eine sinnvolle Verteilung unserer Gelder entscheiden.

Ich denke, es ist wichtig, dass ein Teil des alten Stadtvorstands nochmal kandidiert,

um Erfahrungen weiterzugeben. Ich denke, ich habe genug politische Erfahrung und organisatorisches Geschick, um dem Stadtvorstand politische Vorschläge zu machen. Meiner Meinung nach sollten die Stavo-Mitglieder nicht nur bei Sitzungen sein, sondern sie vernünftig vor- und nachbereiten, um die Debatten des Stadtvorstandes mit möglichst weiten Teilen der Mitgliedschaft rückzukoppeln. Mein Stavo-Engagement wäre mit einer aktiven Mitarbeit an dem Aufbau von Sozialprotesten oder der Mietenkampagne verzahnt. Die Linke sollte meiner Meinung nach eine radikale Opposition zu Krieg, Sozialkürzungen und Rassismus darstellen und ich würde mich freuen, sie als aufmüpfige, gut organisierte Kraft weiter als Mitglied des Stadtvorstands mit aufzubauen zu können.

Maximilian Luck



27 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Hallo liebe Genoss:innen, ich bin Maximilian Luck und 27 Jahre alt. Ich habe in Halle (Saale) Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften studiert und wohne in Leipzig, wo ich auch geboren und aufgewachsen bin. Ich bin in dieser Stadt in die Schule gegangen und habe von klein auf die Entwicklungen, vor allem im Osten Leipzigs, mitbekommen. Seit 2024 bin ich Mitglied der Linken, seit 2025 im Vorstand des Ortsverbandes Nordost.

Seit jeher engagiere ich mich innerhalb des Nordostens, sowie in der AG Queer und AG Küfa. Während meiner Tätigkeiten konnte ich bereits mit vielen Mitgliedern sehr gut zusammenarbeiten und so zum Beispiel die Küfa in Nordost mitaufbauen, sowie den diesjährigen CSD mitgestalten und durchführen. Meine politischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen LGBTQIA+, Wohnen, soziale Teilhabe, Intersektionalität und Postkolonialismus sowie Demokratie und Transparenz.

Die Linke soll weiterhin ein Ort für queere, marginalisierte und vom System übersehene und übergangene Menschen sein. Lokal sowie International. Die Linke soll als Arbeiter:innenpartei auftreten, die nicht nur parlamentarisch aktiv ist, sondern auch für die Zusammenführung der Klasse kämpft.

Was will ich in den Stadtvorstand einbringen? Mir ist ein transparenter Umgang mit Entscheidungen, Geld und Machtstrukturen wichtig. Ich möchte eine intersektionelle, queere Perspektive in den Stadtvorstand einbringen, Entscheidungsprozesse nachvollziehbarer gestalten und für mehr Transparenz bei Wahlen und Programmentwicklungen kämpfen. Mein Ziel ist es, die Linke in Leipzig weiter zu stärken, um nicht nur bei Wahlen zu gewinnen, sondern auch die Menschen in Leipzig im Kampf gegen den Kapitalismus zusammenzubringen, Entscheidungen im Interesse der Mitglieder zu gestalten und innerparteiliche Prozesse zu unterstützen.

Angela Müller



73 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Mein Name ist Angela Müller, ich komme aus dem Südwesten, bin Physikerin von Beruf und mittlerweile 73 Jahre alt. Neben der Arbeit im SBV liegen mir ganz besonders Ökologie und Klimaschutz am Herzen. Ich bin eine der Sprecherinnen der AG ADELE hier in Leipzig und auf Landesebene. Mein persönlicher Schwerpunkt ist Energiepolitik. Ich bin der Auffassung, daß Ökologie, Ökonomie und Soziales immer auch zusammen gedacht werden müssen, vom Globalen Denken und Handeln für unseren Planeten bis hin zum lokalen Agieren auf kommunaler Ebene. Ich engagiere mich daher im Arbeitskreis „Umwelt, Bauen, Wohnen“ der Stadtratsfraktion und arbeite unseren Stadträt*innen besonders in Fragen der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu. Stichworte dazu wären z.B. die Wärmeplanung und der Widerstand gegen den Verkauf des Capa-Wäldchens an RedBull. Dies sind aber nicht die einzigen Gründe, warum ich mich für einen Sitz im Stadtvorstand bewerbe. 2027 bin ich 50 Jahre Mitglied der Linken bzw. ihrer Vor-

gänger-organisationen und habe alle Hochs und Tiefs dieser Partei sehr bewußt miterlebt. Das fulminante Abschneiden bei den letzten Bundestagswahlen und insbesondere die Eintritte so vieler junger Menschen haben mich daher sehr gefreut. Bei dieser Menge an neuen, frischen Ideen und Aktivitäten ist mir nicht bange um die Zukunft unserer Partei. Eine Sache bereitet mir seit einiger Zeit aber zunehmend Sorgen. Wir haben uns längst zu einer Zweigenerationen-Partei entwickelt. Wenn mir viele ältere Genoss*innen erzählen, daß sie sich nicht mehr richtig wahrgenommen, ja manchmal sogar vergessen fühlen, macht mich das traurig und betroffen. Da wird so viel Erfahrung, so viel Wissen verschenkt! Auch um diesem Prozeß entgegen zu wirken, um die potentiellen Synergien aus dem fruchtbaren Zusammenwirken von Jung und Alt für unseren Stadtverband besser nutzbar zu machen, bewerbe ich mich als Beisitzerin im Stadtvorstand und bitte um Eure Stimme.

Till Neumann



22 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss:innen, Die Linke ist meine politische Heimat. Solidarität und Gemeinschaft sind das, was mich antreibt. Wir sagen oft: „Die Linke wird gebraucht.“ Dieses Versprechen müssen wir tagtäglich einlösen, sonst bleibt es ein Lippenbekenntnis.

Deshalb will ich eine Linke, die auf der Straße aktiv ist und Menschen mobilisiert, um Druck auszuüben. Wir haben in Leipzig gezeigt, dass wir das können. Daran möchte ich festhalten und im Stadtvorstand unterstützend mitarbeiten. Ich will eine Linke, die den Alltag der Menschen verbessert. Das können wir selbst tun – durch Sozial- und Mietberatung oder eine Kriegsdienstverweigerungsberatung, an deren Aufbau ich arbeiten will. Wir müssen aber auch politisch gestalten. Im Leipziger Stadtrat zeigen wir, was eine starke Linke bewirken kann. Bei den Kommunalwahlen 2029 muss unser Ziel sein, im Stadtrat noch stärker zu werden. Ich werde mich für Kandidierendenfindung und -training sowie langfristige Wahlkampfplanung einsetzen. Auch die kommende Oberbürgermeisterwahl wird entscheidend sein. Deshalb hat

der gemeinsame Wahlkampf mit Skadi bis zur Wahl für mich Priorität.

Ich will eine Linke, die einen Weg vom aktuellen System hin zu einem System der Solidarität und Gemeinschaft, kurzum zu einem modernen demokratischen Sozialismus, weist, der sich nicht an schlaue Bücher der letzten Jahrhunderte klammert, sondern diese als Fundament versteht aber sich nicht vor dem Widerspruch scheut, auf der wir diese Idee in der Gegenwart entwickeln.

Durch diese drei Säulen schaffen wir eine Vision, für die es sich lohnt, gemeinsam mit uns zu kämpfen.

Biografisches und Erfahrung:

Ich bin 21 Jahre alt (zum Stadtparteitag dann 22) und studiere Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie Politikwissenschaft an der Uni Leipzig. Ich bin Mitglied des Leipziger Jugendparlaments und des Beauftragtenrats der Linksjugend Sachsen. So kenne ich die Leipziger Kommunalpolitik, die Arbeit in Vorstandsgremien und habe Kontakte in den Landesverband.

Marie Paschold



35 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Ich wohne seit 16 Jahren in Leipzig, habe in fast allen Himmelsrichtungen dieser Stadt gelebt und schätze ihre Vielfalt, Offenheit und Lebensqualität. Ich möchte, dass dieses zu Hause vieler Menschen so schön bleibt, wie sie es vorgefunden haben. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen jedoch, dass Leipzig nicht automatisch links und schön bleibt, sondern sich konservative bis rechte Wahlränder ins Zentrum ziehen. Um mich gegen diese Entwicklung einzusetzen bin ich 2024 in die Linke eingetreten. Von Wahlkampfunterstützung, AG Mitarbeit, KüFa Aufbau bis SBV Co-Vorsitz, haben mich diverse Erfahrungen bereichert. Ich möchte, dass wir im Alltag der Menschen in Leipzig und Umgebung präsent sind und diesen spürbar bereichern. Das bedeutet u.a. die Erweiterung unserer Angebote von bspw. Sozialberatung und KüFas lokal und formativ um Skatturniere, Nachbarschaftsfeste und öffentliche Gesprächsformate.

Im Stadtbezirksbeirat höre ich was Menschen beschäftigt, bekomme Stadt planeri-

sche Einblicke und lerne unterschiedlichste zivilgesellschaftliche Akteur*innen kennen. Themen wie Müll im Viertel, Ratten oder zu wenige öffentliche Tischtennisplatten und Bänke beschäftigen Jung und Alt in unserer Stadt unmittelbar. Für diese Belange will ich mich z.B. über Fraktionsarbeit einsetzen und unmittelbar helfen, wenn wir z.B. Aufräumaktionen organisieren.

Für unsere Parteistrukturen möchte ich in Abläufen sowie strategischen und politischen Entscheidungen mehr Transparenz schaffen. Ich wünsche mir, dass wir es schaffen demokratische Prozesse zielführend und offen zu gestalten. Es müssen die Vielfalt von Meinungen innerhalb der Partei gehört und (bis auf rote Linien) toleriert werden sowie gleichzeitig demokratisch getroffene Entscheidungen akzeptiert und nicht öffentlich delegitimiert werden. Die Arbeit als Sozialarbeiterin und Teamleitung hilft mir in der Ausgestaltung dieser Vorhaben.

Nic Rother



33 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss*innen, vor 33 Jahren bin ich im schönen Berlin-Marzahn geboren, vor über 15 Jahren in der Linksjugend Berlin aktiv geworden, vor zehn Jahren nach Leipzig gezogen und vor sieben Jahren Parteimitglied geworden. Heute arbeite ich als Lehrer und bereite junge Migrant*innen auf ihre Berufsausbildung vor. In der Landtagsfraktion berate ich Nam Duy Nguyen zu Migration und Asyl.

Anfang 2023, als unsere Partei tief in der Krise steckte, haben wir im Leipziger Osten eine Basisorganisation gegründet. Wir organisierten Streiksoli, gingen in den Stadtteil und bauten gemeinsam Strukturen auf. Unser Anspruch war klar: Unsere Partei braucht die Arbeiter*innen – und die Arbeiter*innen brauchen unsere Partei.

In der Kampagne für Nam Duy konnten wir diesen Ansatz weiterentwickeln. Wir wollten nicht für die Menschen Politik machen, sondern mit ihnen. Wir haben zugehört, organisiert, gekämpft. Und wir haben gewonnen! Für mich zeigt das, worauf es ankommt: Glaubwürdigkeit und Strategie. Wir

sagen, was wir machen, und wir machen, was wir sagen. Jetzt möchte ich diese Erfahrungen in den StaVo einbringen. Über 5.000 Mitglieder, unzählige Gruppen und AGs: Unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Aber angesichts von Aufrüstung, Sozialabbau und Rechtsruck brauchen wir auch eine gemeinsame Perspektive. Wie helfen unsere vielen Kämpfe, die arbeitende Bevölkerung zu organisieren? Und wie werden wir gemeinsam zu einer Kraft, die den Kapitalismus nicht nur zähmen, sondern überwinden kann?

Dabei brauchen wir nicht bei null anzufangen. Die Erfahrungen unserer älteren Genoss*innen und die Ideen neuer Mitglieder gehören zusammen. Wie bei dem wunderbaren Regisseur Ken Loach, der mit Laiendarsteller*innen arbeitet, sollen die „einfachen Leute“ nicht nur Gegenstand unserer Politik sein, sondern ihre eigene Politik machen, ihre eigene Geschichte schreiben.

Dafür möchte ich mich die nächsten zwei Jahre einsetzen.

Christoph Sedlacek



40 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss:innen, ich bin Christoph Sedlacek und habe euch bereits die vergangenen zwei Jahre als weiteres Mitglied im Stadtvorstand vertreten. Gerne möchte ich nun für zwei weitere Jahre eure Stimme im StaVo sein. Ich bin 40 Jahre alt, zwei Kinder. Nach einer kaufmännischen Ausbildung habe ich mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem zweiten Bildungsweg Wirtschaftswissenschaften in Berlin und Leipzig studiert. Beruflich bin ich in der Verwaltung eines großen öffentlichen Krankenhauses im IT-Bereich tätig. In unserer Partei engagiere ich mich vor allem im Leipziger Osten, wo ich auch Stadtbezirksbeirat bin, und wirke in Arbeitskreisen unserer Stadtratsfraktion mit.

Unserer Partei stehen auch in den nächsten zwei Jahren harte Kämpfe gegen den weiteren Sozialabbau und die fortschreitende Faschisierung durch die herrschende Klasse bevor. Diesen Herausforderungen müssen wir uns gemeinsam mit einer starken Partei stellen und uns für diejenigen einsetzen, die deren Stimmen nicht gehört werden. Wir dürfen uns als Partei nicht nur mit uns selbst beschäftigen, sondern konkrete, sozialistische Lösungen für die von sozialem Kahlschlag, Ausgrenzung und Klimakatastrophe betroffenen Menschen bieten.

Solidarische Grüße

Christoph Sedlacek

Jessica Sommer



29 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss*innen, Ich bin Jessi, 29 Jahre alt und bin aktuell dabei mein Studium in Gesellschaftstheorie in Jena abzuschließen. Mit der Agenda 2030 erleben wir einen nicht hinnehmbaren Angriff auf unsere sozialen Rechte, dem wir uns als Linke konsequent entgegenstellen müssen. Es ist unsere Aufgabe, die Sozialproteste der Kolleg*innen aus den Leipziger Betrieben zu unterstützen und aktiv an deren Starkeaufbau mitzuwirken.

Die Mietenkampagne sehe ich zudem als zukunftsweisendes Projekt für die Partei, in dem die vielen Neumitglieder sich aktiv einbringen und gemeinsam etwas bewegen können. Nicht nur die steigenden Mieten, sondern auch die Sozialkürzungen und die Stärke der AfD machen mir Angst. Aufgabe der Linken ist es, die Wut der Leipziger Beschäftigten, Mieter*innen, Studierenden usw. in gemeinsame Stärke zu übersetzen.

Ich sehe den Stadtvorstand als Ort der Entwicklung von programmatischen Linien und als Arbeitsgremium. Ich will die Mietenkam-

pagne und die Sozialproteste aktiv mit vorantreiben. Das erfordert Arbeit und Zeit, die ich mir für das Gremium nehmen will.

Ich lebe seit 11 Jahren in Leipzig und habe mich 2019 mit der Klimabewegung zum ersten Mal politisch organisiert. Seitdem war ich im SDS in verschiedenen Kampagnen aktiv und habe dabei gelernt, wie man in konkret Durchsetzungsfähigkeit aufbaut. Ich habe viele Bildungsveranstaltungen organisiert, darunter zwei große Kongresse und war Mitglied im Bundesvorstand des SDS und des lokalen Koordinierungskreises, wo ich organisatorische Fähigkeiten und politischen Weitblick gelernt habe.

Meinen Weg in die Partei habe ich durch den Landtagswahlkampf vor zwei Jahren für das Direktmandat in Leipzig Mitte-Ost gefunden. Gemeinsam mit euch will ich die Linke noch mehr zu einem Ort zu machen, an dem sich Menschen mit Ungerechtigkeitsempfinden und Veränderungswillen eingeladen fühlen, aktiv mitzumachen.

Enrico Stange



57 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Die Linke als Gesamtpartei und speziell der Leipziger Stadtverband hat mit der Bundestagswahl 2025 eine enorme Dynamik entwickelt. Viele neue Mitglieder bringen erfreulicherweise eine auf Gesellschaftsveränderung gerichtete Basisperspektive in die Partei ein. Die Mietenkampagne ist dabei das in der Stadtgesellschaft bekannteste Beispiel. Dieser neue Bewegungsscharakter ist ein enormer Zugewinn für die Partei und die Kämpfe, die wir als Genoss*innen führen. Zugleich tragen wir als Mitglieder der Stadtratsfraktion eben diese Kämpfe in die Kommunalvertretung. Die Themen bezahlbares Wohnen, Wohnkostenlücke für Bürgergeldbeziehende, Bekämpfung von Mietwucher, Löhne und Gehälter, Lebenshaltungskosten, Beschäftigung, Tarifikämpfe – mit allen habe ich mich auch persönlich beschäftigt – finden durch uns den Weg in die Kommunalvertretung, in die kommunalpolitische Auseinandersetzung.

Der schon begonnene Oberbürgermeisterwahlkampf, aber auch die Debatten der

vergangenen Jahre zeigen, dass uns als Linke dabei immer wieder die wirtschaftspolitische Kompetenz abgesprochen wird. Aber nur wir weisen auf die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Soziallasten der Kommunen hin. Nur wir stellen unmißverständlich klar, dass gigantische, schuldenfinanzierte Aufrüstungsprogramme die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte im neoliberalen Koordinatensystem bedingen. Nur wir zeigen, wieso sich Leipzig in der Haushaltskrise befindet: nicht, weil die Stadt über ihre Verhältnisse lebt, sondern weil Bund und Land die durch sie übertragenen Aufgaben nicht ausfinanzieren.

Die kommenden Kämpfe um Ressourcen und Umverteilung brauchen einen engen Schulterschluss zwischen Partei und Stadtratsfraktion, eine kluge Abstimmung und strategische Zusammenarbeit. Dafür kandidiere ich und möchte das gern im neuen Stadtvorstand umsetzen.

Tammo Thyselius



27 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss*innen, es ist viel los. Angriffe auf uns von Merz & Co stehen an der Tagesordnung. Beinahe täglich häufen sich die Nachrichten von Kriegsverbrechen, Klimakatastrophen und Wahlprognose- und Ergebnissen. Doch es regt sich auch was. Steigende Teilnehmendenzahlen auf den 1.Mai Demos, 50.000 Demonstrierende gegen den AFD- Parteitag in Erfurt, kämpferische Streikbotschaften von Kolleg*innen vom Hamburger Hafen und Mercedes und Sozialratschläge im ganzen Land.

Eine organisierende Klassenpartei hat die Aufgabe, die Menschen zu bemächtigen, diese Kämpfe zu führen. Dafür darf sie nicht an der Seitenlinie stehen, sondern muss diese im Getümmel mitprägen. Denn nur wenn Menschen kollektiv gemeinsam handeln, ist politische Veränderung möglich.

Ich meiner Ausbildung als Mechatroniker habe ich gemerkt, wie es sich für mich und meine Kolleg*innen angefühlt hat, machtlos zu sein, wenn der Betrieb verkauft wird und die Zukunft ungewiss ist. Wir haben ge-

merkt, wie es ist, nicht handlungsfähig, sondern ohnmächtig zu sein.

Seitdem ich in der Linken bin, habe ich oft bemerkt, dass es nicht so sein muss. Zum Beispiel in der Landtagswahl 24, wo wir gemeinsam um das Mandat von Nam Duy gekämpft und gewonnen haben. Oder in der Mietenkampagne, wenn wir gemeinsam mit Nachbar*innen Widersprüche einzureichen und ihnen so etwas beweisen: wir müssen nicht machtlos sein, wir können etwas verändern.

Ich bin Tammo (er/ihm) und kandidiere für den Stadtvorstand. Denn ich bin überzeugt, Krieg, Klimakrise und Faschismus sind keine Naturgesetze und können aufgehalten werden. Dafür muss die Linke sich als Kraft des Anti-Establishments etablieren. Der Stadtvorstand darf dabei nicht bloßes Entscheidungsgremium sein, sondern muss auch Pläne für den Widerstand entwickeln und umsetzen. Wir sind mittlerweile 5200 Mitglieder. Lasst uns das nutzen und gemeinsam Gegenmacht aufbauen.

Nina Treu



42 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss*innen, mit viel Engagement habe ich unseren Stadtverband gemeinsam mit Hannes die letzten beiden Jahre geführt. Nun ist es für mich persönlich und politisch an der Zeit, einen Schritt kürzer zu treten mit diesem Ehrenamt. Deswegen kandidiere ich nun als normales Mitglied des Vorstands.

In Leipzig haben wir uns seit Ende 2024 mehr als verdoppelt und sind mit über 5.000 Mitgliedern der größte Kreisverband bundesweit. Als Vorsitzende haben wir gemeinsam mit dem Vorstand möglichst viele Mitglieder darin unterstützt, ihren Platz in der Partei zu finden. Wir haben unsere Strukturen modernisiert und (re-)aktiviert, sowie viel Kraft in die Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen gesteckt.

Als erste weibliche Vorsitzende dieses Stadtverbandes habe ich viel gelernt – auch, dass es noch ein weiter Weg ist, bis wir eine wirklich feministische Partei sind und dass wir dafür tiefgreifendere Verän-

derungen als nur Doppelspitzen mit viel Motivation brauchen. Auch diesen Wandel würde ich gerne weiter unterstützen.

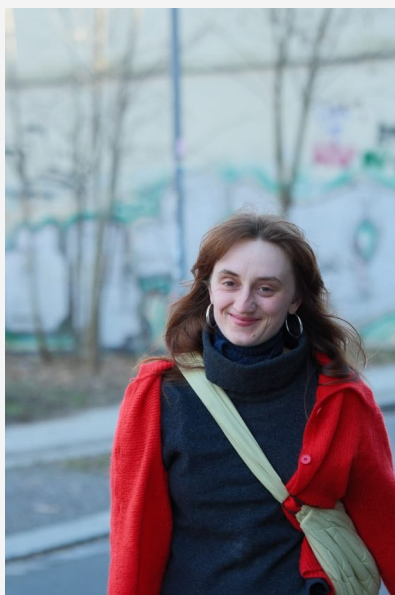
Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich – wie zu erwarten – in den letzten beiden Jahren verschlechtert. Sozialer Kahl-schlag durch die Regierung, Nazis auf dem Vormarsch, Extremwetterereignisse mit Hit-zewellen und Kriege weltweit – auch mit deutschen Waffen. Gleichzeitig wächst der Reichtum am oberen Ende auf obszöne Maße und der Druck auf Demokratien welt-weit nimmt zu.

Wir halten dagegen! Wir organisieren die Hoffnung, zusammen mit über 120.000 Genoss*innen. Wir setzen uns mit Mut, Liebe und Optimismus weiterhin für eine bessere Gesellschaft ein.

Gemeinsam mit euch möchte ich Die Linke weiter voranbringen. Dafür bitte ich um eure Stimme!

Eure Nina

Karla Zierold



26 Jahre
Kandidatur als
weiteres Mitglied

Liebe Genoss:innen, ich bin Karla, 26 Jahre alt, lebe seit sieben Jahren in Leipzig und stehe am Ende meines Soziologiestudiums.

Mit etwa 14 Jahren wurde ich zum ersten Mal politisch aktiv: In Berlin protestierte ich jeden Montag gegen die rassistischen Auf-märsche von BärGida. Als ich später nach Leipzig zog, fand ich im Studierendenver-band Die Linke.SDS meine politische Hei-mat und trat 2021 schließlich auch in die Partei ein. Seitdem habe ich gemeinsam mit vielen Genoss:innen zahlreiche Veran-staltungen und Demos organisiert, Kampa-gnen initiiert, Social Media betreut, Wahl-

kämpfe unterstützt und war Teil des Bun-desvorstands des SDS.

Nun möchte meine Erfahrungen, die ich in Partei und SDS gesammelt habe, auch im Stadtvorstand einbringen. Dabei möchte ich den Austausch in der Partei stärken, Kampagnen durch stadtweite Koordinie-rung voranbringen, Bildungsprogramme entwickeln. Ich möchte damit zu einer Par-tei beitragen, die von allen Mitgliedern selbst gestaltet wird, zu einer Partei, die Proteste auf der Straße anstößt und ver-breitert, die tatsächlich mit den arbeitenden Menschen selbst ist – an der Haustür, in der Nachbarschaft, am Streikposten.

Materialien Heft 1

zur 1. Tagung des 10. Stadtparteitages
von Die Linke Leipzig am 4. Oktober 2026

Impressum

Herausgeberin: Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Satz: George Rainov, Kay Kamieth
Fotos: Privat und Martin Neuhoﬀ (S. 49)
V.i.S.d.P.: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 01.09.2026

Hinweis: Nach Redaktionsschluss eingegangene Kandidaturen für den Stadtvorstand werden auf der Homepage www.dielinke-leipzig.de und im Materialien-Heft 2 veröffentlicht.